

DIE WIENER POLIZEI



Foto: Bernhard Elbe

133ER-AWARD:

NEWCOMERIN DES JAHRES

DIE POLIZEICHEFS IN WIEN (7): KARL VON BRAULIK UND JOSEF VON AMBERG (1831–1835)

INTERVIEW:

Der Werbewissenschaftler Georg Felser rät der Polizei, in jeden einzelnen Bürger-Kontakt zu investieren

PORTRÄTS:

Die Juristinnen Katharina Jelinek & Janet Fraß haben ihre Karrieren in Polizeiinspektionen begonnen

GEMEINSAM.SICHER:

Der Wiener Polizist Cristian Gruia-Dumbrava will Vorurteile im Polizeialltag abbauen



133ER-AWARDS:

In sechs Kategorien und zwei Sonderkategorien wurden am 13. März 2024 neun Polizistinnen und Polizisten im Wiener Rathaus ausgezeichnet; wir porträtieren drei von ihnen im Detail



KARRIERE:

Katharina Jelinek begann ihre Laufbahn als Polizistin in Ottakring, studierte Jus und ist seit Kurzem im Büro „Zentrale Koordination“ in der Landespolizeidirektion als Polizeijuristin tätig



VERHANDLUNGSGRUPPE:

Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe der Wiener Polizei verhandeln mit Entführern und Geiselnehmern und bringen Menschen davon ab, ihrem eigenen Leben ein Ende zu setzen

INTERN

- 4 Editorial

MAGAZIN

- 7 Magazin: Objektschutzpolizei, Ehrungen
- 8 Polizeiseelsorge: Euer Kamerad möchte ich sein!
- 9 **MENSCHLICH:** Bewusst in die Natur

133ER-AWARDS

- 10 Kerstin Lipp wurde Newcomerin des Jahres, Patricia Huber engagiert sich im Opferschutz, Michael Hendrich-Szokol in der Kriminalpolizei

POLIZEI IN WIEN

- 16 Der Wiener Polizist Cristian Gruia-Dumbrava möchte Vorurteile zwischen Polizei und der rumänischen Gemeinschaft in Wien abbauen
- 24 Mit einfachen Methoden lassen sich Telefonnummern imitieren; solche „Spoofing-Anrufe“ erreichen die Landesleitzentrale immer wieder
- 28 Katharina Jelinek und Janet Fraß begannen ihre Laufbahnen in Polizeiinspektionen; jetzt sind sie als Juristinnen im rechtskundigen Dienst
- 34 Gesprächsführung ist ihre Stärke: Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe der Wiener Polizei sind bei besonderen Lagen in besonderem Einsatz

POLIZEIGESCHICHTE

- 40 Zwei Witwen, ein Bettgeher, ein Mord und die Rolle der öffentlichen Meinung in dem Fall
- 44 Die Polizeichefs in Wien (Teil 7: 1831–1835): Karl von Braulik und Josef von Amberg

HANDVERLESENES

- 50 Laut einer Umfrage von „Saferinternet.at“ sinkt das Interesse Jugendlicher an Social Media
- 55 Jede zehnte angezeigte Straftat betrifft einen Betrug; vor allem im Internet ist man gefährdet
- 56 Werbeforscher Georg Felser: Für das Image der Polizei ist jeder Bürgerkontakt extrem wichtig

BÜCHER

- 61 Künstliche Intelligenz und das Hirn; Datenschutz im Strafprozess; Berufsdetektive in Österreich

SCHLUSSLICHT

- 58 Geschichtliches, Stilblüten, Zitate, Impressum

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**



Für uns als Polizei und Sicherheitsbehörde steht immer eines im Mittelpunkt: die Sicherheit der Menschen. Ich kann mir keine Situation vorstellen, in der es der Sicherheit irgendeines Menschen zuträglich sein sollte, wenn jemand, der sie nicht beruflich braucht oder zum Führen einer Waffe berechtigt ist, Waffen oder waffenähnliche Gegenstände mit sich führt, noch dazu wenn es solche sind, die einem zur Selbstverteidigung gar nichts bringen. Ein Pfefferspray kann zur Selbstverteidigung sinnvoll sein. Vom Messer wissen wir, dass es sich um die gefährlichste Nahkampfwaffe handelt – noch gefährlicher als Schusswaffen – und dass der Versuch der Selbstverteidigung mit einem Messer im nahen Kontakt mit einem Angreifer mitunter dazu führt, dass es sich gegen die oder den sich Verteidigenden selbst wendet. Daher habe ich mit 30. März 2024 eine Waffenverbotszone zwischen dem Platz der Kulturen und dem Reumannplatz erlassen. Selbst Polizistinnen und Polizisten haben des Öfteren schon mit Messern bei Amtshandlungen leidvolle Erfahrung gemacht. Ich ersuche daher auch Sie als Polizistinnen und Polizisten, größtmögliche Vorsicht und Eigensicherung bei Amtshandlungen mit Messern walten zu lassen.

Viele sehr positiv verlaufene Amtshandlungen sind wieder hinter den Fällen gestanden, derentwegen wir am 13. März 2024 einigen Kolleginnen und Kollegen die 133er-Awards 2024 verleihen konnten. Es sind jedes Jahr Momente der Freude, des Stolzes und der Befriedigung, dass man mit Fleiß und Engagement vieles erreichen kann in der Wiener Polizei. Die sechs Kategorien und die beiden Sonderpreise bilden die Breite ab, die unser Beruf bietet. Die Festveranstaltung im Wiener Rathaus war wieder eine Leistungsschau, in der die Wiener Polizei gezeigt hat, was sie für die Sicherheit der Bevölkerung in unserer Stadt tagtäglich auf die Straße bringt.

Es ist aber nicht (nur) die Leistungsschau, die unser Image als Polizei für die Wienerinnen und Wiener prägt. Es sind die vielen Amtshandlungen, die hinter den Preisen stehen. Wir haben dazu in dieser Ausgabe ein interessantes Interview mit dem Konsumentenforscher Prof. Georg Felser. Er sagt, jeder einzelne Kontakt zwischen Bürgerinnen bzw. Bürgern und der Polizei wirkt imageprägender als jede Imagekampagne, und zwar nicht nur für die oder den Betroffenen.

Daher bedanke ich mich persönlich nicht nur bei den Preisträgerinnen und Preisträgern der 133er-Awards für ihr Engagement, sondern auch stellvertretend bei den vielen Bediensteten, die es aufgrund der vielen imageprägenden Amtshandlungen genauso verdienen würden, im Rathaus bei einem 133er auf der Bühne zu stehen.

*Beste Grüße
Dr. Gerhard Pürstl
Landespolizeipräsident*

DIE POLIZEI IN WIEN



In einem Pilotprojekt sollen Bewerberinnen und Bewerber speziell für den Objektschutz in Wien ausgebildet werden

WIENER OBJEKTSCHUTZPOLIZEI STARTET IM JUNI

Sechzig Bewerberinnen und Bewerber für die Polizei werden im Lauf des Jahres für die neue Rolle als „Objektschutzpolizisten (OSP)“ aufgenommen und ausgebildet.

Das Pilotprojekt beginnt im Juni und zielt darauf ab, sensible Einrichtungen wie Botschaften zu bewachen. „Die Etablierung der Objektschutzpolizei ist ein entscheidender Schritt, um unsere Polizeiinspektionen zu entlasten und gleichzeitig die Sicherheit an kritischen Punkten zu erhöhen“, sagt Innenminister Mag. Gerhard Karner.

Die Hauptaufgabe der neuen Objektschutzpolizei in Wien ist der Schutz von Gebäuden und Einrichtungen ausländischer Vertreter, kritischer Infrastruktur

und weiterer gefährdeter Objekte. Dabei liegt der Fokus auf sichtbarer, uniformierter Präsenz, der Überwachung und Meldung verdächtiger Aktivitäten sowie der Durchführung von Erstmaßnahmen bei Angriffen.

Die Ausbildung für die Objektschutzpolizei umfasst eine sechsmonatige Grundausbildung mit praxisnahe Bezug, einschließlich einer zweiwöchigen Praxisphase in der Landespolizeidirektion Wien. Nach Abschluss der Ausbildung und einer mündlichen Dienstprüfung werden die Absolventinnen und Absolventen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen und im Bereich der Objektschutzpolizei in Wien eingesetzt.

ZWÖLF BEDIENSTETE AUSGEZEICHNET

Innenminister Mag. Gerhard Karner ehrte am 27. März 2024 zwölf Polizistinnen und Polizisten der Bereitschaftseinheit und des Landeskriminalamts Wien. Sie hatten am 18. März 2024 in Reumannplatz-Nähe einen Verdächtigen nach einem Messerangriff festgenommen und die Tatwaffe sichergestellt.



POLIZEI IN WIEN

FRAUEN IN DER POLIZEI

Die Zahl der Bewerberinnen im Polizeidienst ist bis März 2024 auf über 39 Prozent gestiegen. Im Vorjahr waren es 25 Prozent.

Über 24 Prozent der uniformierten Bediensteten im Innenressort sind Frauen, in der Sicherheitsverwaltung sind es knapp 58 Prozent.



Sowohl die Quote der Bewerberinnen ist gestiegen, als auch die der Frauen in Führungspositionen

Insgesamt sind 30,6 Prozent der rund 38.000 Bediensteten im Innenressort Frauen. Auch in Führungspositionen steigt ihr Anteil weiter.

POLIZEI IN WIEN

ERFOLG DER ZIELFAHNDER

In Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt gelang es Zielfahndern des Landeskriminalamtes Wien, einen rumänischen Staatsangehörigen am 14. März 2024 festzunehmen.



Gegen den Verdächtigen lag ein europäischer Haftbefehl wegen Verdacht der Zuhälterei vor



SEELSORGE

EUER KAMERAD MÖCHTE ICH SEIN!

Der alte „Neue“ heißt Walter Kirchmayer und wurde mit 1. November 2023 zum Polizeiseelsorger bestellt. Ich befinde mich im Ruhestand, was aber nicht bedeutet, dass ich mich nach 40 Jahren amtierärztlicher und tierärztlicher Tätigkeit zur Ruhe gesetzt hätte.

Ich bin seit 1995 ehrenamtlicher Diakon in der römisch katholischen Pfarre Ober St. Veit und werde zu Taufen, Hochzeiten und Einsegnungen, Glaubensgesprächen, Gesprächsgruppenbegleitung und Sozialprojekten eingesetzt.

Sonst bin ich noch in verschiedenen Gruppen und Vereinen tätig. Ich bin verheiratet, habe vier erwachsene Kinder

und drei Enkelkinder, die viel Freude bereiten.

Polizeiseelsorger zu werden, war nicht meine Idee, sondern ich wurde von meinem ehemaligen Pfarrer, dem derzeitigen Landesseelesorger für Wien angefragt. Ich verstehe das als Berufung. Derzeit (Stand Februar) bin ich noch mit Vorstellungen beschäftigt, aber danach werde ich die mir zugeteilten Polizeiinspektionen im 16. bis 19. Bezirk besuchen, um die dort tätigen Polizistinnen und Polizisten kennenzulernen.

Jetzt könnte die eine oder der andere fragen: Was will der von uns? Um es gleich vorweg klarzustellen: Ich will gar nichts von Ihnen. Ich möchte mich Ihnen zur Verfügung stellen, so gut ich kann, mit einem großen Ohr zum Zuhören, für Sorgen und Anliegen bereitstehen mit garantierter Verschwiegenheit.

Unter Seelsorge verstehe ich, für den

Menschen da zu sein, wenn er mich braucht, ungeachtet seines Dienstgrades, seines Alters, seines Geschlechts, seiner sexuellen Orientierung und seines Lebensstandes.

Seelsorge ist für mich ein Unterstützen in schwierigen Lebenssituationen und sei es nur durch ein geduldiges Zuhören. Aber auch erfreuliche Ereignisse wollen geteilt werden. Auch dafür stehe ich als Seelsorger gerne zur Verfügung.

Für ein seelsorgliches Gespräch bedarf es meistens eines geschützten Raumes, der in den Dienststellen nicht gewährleistet ist. Darum werde ich mich bemühen, im Bedarfsfall einen geeigneten Raum zu organisieren.

Natürlich stehe ich auch in meiner Eigenschaft als Diakon mit den mir erlaubten Diensten zur Verfügung, nämlich für Taufen, Hochzeiten, diverse Gottesdienste, Andachten, Segnungen und Begräbnisse.

Walter Kirchmayer



MENSCH & NACH

BEWUSST IN DIE NATUR

Sie hetzen von einem Termin zum anderen, wissen gar nicht mehr, wo Ihnen der Kopf steht und wie Sie das Tagespensum an Erledigungen an einem Tag schaffen sollen.

Da kommt ein netter Kollege und rät Ihnen: „Geh doch mal in die Natur, das entspannt dich.“ Anfangs möchte man meinen, dass es sich um einen schlechten Witz handelt.

Was sollte bitte die Natur mit meinem Stress zu tun haben und außerdem, woher sollte ich nur die Zeit dafür nehmen? Außerdem fahre ich ja mit den öffentlichen Verkehrsmitteln und bin draußen unterwegs, das müsste doch ausreichen.

Das tut es eben nicht. Es gibt zahlreiche Studien, die belegen, dass der bewusste Aufenthalt in der Natur, im Grünen, erholsam wirkt. Dazu müssen keine ausgedehnten Wanderungen oder Sport gemacht werden.

Bereits gemütliche Spaziergänge können sich positiv auf die Psyche auswirken, oder auch eine kleine Pause auf der Parkbank. Blutdruck und Puls sinken in der Natur – alles Anzeichen für Entspannung. Auch die Konzentration verbessert sich mit kleinen Auszeiten im Grünen.

Wichtig ist dabei nicht, dass Sie örtlich weit weg vom Alltagsstress sind, sondern dass Sie mental zur Ruhe kommen können. Und das kann in der Parkanlage um die Ecke genauso gut gelingen wie im Wald oder an einem See.

Der Ort der Entspannung sollte für Sie etwas Besonderes sein und zum persönlichen Wohlfühlen beitragen. Es nützt beispielsweise wenig, wenn Sie sich an

einen Teich setzen, weil Ihnen dieser Ort empfohlen wurde, Sie aber Angst vorm Wasser haben oder das Quaken der Frösche störend empfinden.

Finden Sie heraus, welcher Platz in der Natur entspannend für Sie ist und machen Sie ihn zu Ihrem ganz persönlichen Kraftplatz. Vielleicht haben Sie ja einen eigenen Garten und müssen erst gar nicht auf die Suche gehen? Auch das Arbeiten im eigenen Garten, das Säen, Pflanzen von Blumen und Ernten von Früchten kann sich positiv auf die Psyche und stressreduzierend auswirken.

Dies belegen wissenschaftliche Studien, weshalb leichte Gartenarbeiten manchmal auch als therapeutische Maßnahmen eingesetzt werden.

Der Frühling zeigt sich nun in voller Pracht, alles blüht und duftet, die Natur erwacht wieder zum Leben. Öffnen Sie sich dieser Ressource für Ihr ganz persönliches Wohlbefinden.

Angelika Schäffer-Fischill



Lebensrettung, Opferschutz, kriminalistischer Spürsinn

Kerstin Lipp, Patricia Huber und Michael
Hendrich-Szokol haben eines gemeinsam:
Sie wurden 2024 mit dem 133er-Award
ausgezeichneten. Sie haben in ihrer
Karriere Außergewöhnliches geleistet.

Eine Lebensrettung, zwei festgenommene Kreditkartenbetrüger und etliche weitere Einsätze – das ist die Bilanz, die Inspektorin Kerstin Lipp von der Polizeiinspektion (PI) Laurenzerberg im ersten Bezirk bereits nach einem Jahr im Polizeidienst ziehen kann. Die engagierte junge Beamtin wurde für ihre Einsatzbereitschaft mit dem 133er-Award in der Kategorie „Newcomerin des Jahres“ ausgezeichnet.

Für die Steirerin war schon früh klar, dass sie Polizistin werden wollte. Ein Bekannter, mittlerweile leitender Beamter in der Wiener Polizei, hatte sie für den Polizeiberuf begeistert. An ihrer Arbeit schätzt Lipp besonders die Abwechslung: „Die erste Praxisphase habe ich in der PI Kärntnerpassage verbracht, die zweite in der PI Laurenzerberg. Im ersten Bezirk gibt es ein großes Spektrum an unterschiedlichen Einsätzen – im Ausgehviertel Bermudadreieck, wegen Demonstrationen, Eigentumsdelikten und wegen Verkehrsdelikten auf den großen Verbindungsstraßen Ring und Kai.“

Kreditkartenbetrug. Als Lipp nach der Grundausbildung in der PI Goethegasse Dienst versah, meldete sich eine deutsche Kollegin und fragte bezüglich der Sicherung von Videoaufnahmen einer Trafik am Stephansplatz an. Ein aus dem Nahen Osten stammendes Betrügerpaar mit Wohnsitz in Deutschland hatte mit gestohlenen Kreditkartendaten Bitcoins gekauft. An den Kontoabbuchungen der Betrugsopfer, die bei der Polizei Anzeige erstattet hatten, ließ sich nachvollziehen, dass die Bitcoinbons aus der Trafik am Stephansplatz stammten.

Ein Kollege von Lipp rief in der Trafik an und fragte die Trafikantin, ob sie sich an das Paar erinnern konnte. Sie bejahte; die beiden waren ihr im Gedächtnis geblieben, weil sie erst in der vergangenen Wo-

che Bitcoinbons im Wert von mehreren Tausend Euro gekauft hatten. Das Beste jedoch war: In diesem Moment standen die Betrüger gerade vor der Trafik – offensichtlich, um sich wieder mit Kryptowährung einzudecken. Die Trafikantin wurde angewiesen, das Paar bis zum Eintreffen der Polizei aufzuhalten. Lipp und ihr Kollege machten sich auf den Weg. Die Betrüger waren noch in der Trafik – die Trafikantin hatte ihnen mit der Ausrede, das System würde derzeit keine größeren Beträge hergeben, mehrere Bons in kleiner Stückelung ausgehändigt, um den Vorgang zu verzögern. Lipp und ihr Kollege trafen ein, bevor der Kauf abgeschlossen war, und nahmen die Betrüger fest. Sie wurden wegen gewerbsmäßigen betrügerischen Datenverarbeitungsmissbrauchs angezeigt.

Lebensrettung. Dank der Ausstattung jedes Funkwagens in Wien mit einem Defibrillator sind zahlreiche Polizistinnen und Polizisten zu Lebensrettern geworden. Diese beeindruckende Erfahrung machte auch Lipp mit Kollegen und einem Arzt, der zufällig vor Ort war. Lipp und zwei Kollegen waren mit dem Funkwagen am Ring unterwegs, als zwei andere Funkwagen zu einem Defi-Einsatz am Schottentor gerufen wurden.

„Wir haben uns dazugemeldet und waren Ersteinstreifer“, schildert Lipp. „Eine 50 bis 60 Jahre alte Frau ist auf

dem Boden gelegen. Ein Passant, der von Beruf Arzt im AKH war, hat schon mit der Reanimation begonnen gehabt.“ Lipp rannte zurück zum Funkwagen und holte den Defi, den ein Kollege einsetzte. Lipp und weitere Kollegen bildeten einen Sichtschutz, da der Vorfall Schaulustige angelockt hatte. Der Arzt rief in der Zwischenzeit im AKH an, damit die Aufnahme der Frau vorbereitet werden konnte.

Neben der Lebensrettung und dem Kreditkartenbetrugsfall trug die generelle Zufriedenheit mit Lipp's Arbeit dazu bei, dass sie für den 133er-Award nominiert worden war.

Am Dienst bei der Polizei habe sie neben der Abwechslung vor allem das Arbeitsklima zu schätzen gelernt, sagt Lipp: „Wir haben im gesamten Bezirk, auch zwischen den einzelnen Dienststellen, ein sehr kollegiales Verhältnis, und es ist auf jeden Kollegen Verlass.“

Prävention. Wie wichtig Prävention bei Gewalt in der Privatsphäre ist, zeigt die bereits in den ersten Monaten dieses Jahres hohe Anzahl an Frauenmorden. Revierinspektorin Patricia Huber, die als Präventionsbeamtin im Kriminalreferat des Stadtpolizeikommandos Fünfhaus tätig ist, unterstützt mit viel Einfühlungsvermögen Opfer häuslicher Gewalt. Ihre Arbeit wurde mit dem 133er-Award für besondere Verdienste auf dem Gebiet der Prävention, der Menschenrechte und des Opferschutzes gewürdigt.

Huber's „ausgeprägter Gerechtigkeitssinn“, wie sie selbst sagt, führte sie zur Polizei und schließlich zur kriminalpolizeilichen Prävention. Ihre Berufslaufbahn begann, nachdem sie 2007 die Grundausbildung abgeschlossen hatte, mit der ersten Praxisphase in der PI Sechshäuser Straße im 15. Bezirk. Eine Amtshandlung nach dem Unterbringungsgesetz, an der sie gleich an ihrem ersten Dienstag beteiligt war, ist ihr bis



In jeder Kategorie gab es drei Nominierte – im Fall der „Newcomerin des Jahres“ machte Kerstin Lipp das Rennen

heute in Erinnerung geblieben: „Ein psychisch Kranker war aus dem Krankenhaus abgängig. Er hat in einem Bus der Wiener Linien randaliert und sich dagegen gewehrt, zurückgebracht zu werden.“ Einer der Kollegen forderte Verstärkung an, die rasch zur Stelle war, darunter Huber. Die Situation konnte unter Kontrolle gebracht werden.

Zu Lebensrettern wurden Huber und ihre Kollegen bei einem Einsatz in einer in Brand stehenden Wohnung, in der man mehrere Familienmitglieder vermutete. Die Polizisten trafen vor der Feuerwehr ein. Nachdem ein Kollege die Tür mit einem Fußtritt geöffnet hatte, drangen die Polizisten in die stark verrauchte Wohnung vor. Darin befand sich eine Person – ein leicht al-

koholisierter Mann, der eine Speise am eingeschalteten Herd vergessen hatte und eingeschlafen war. Der Mann konnte unverletzt aus der Wohnung gerettet werden.

Nach ihrer Karenz übernahm Huber 2015 die Aufgabe der Flüchtlingskoordinatorin für den 14. und 15. Bezirk, wo sie bis zu zehn Flüchtlingsunterkünfte betreute. „Für die Menschen

„DIE WIENER POLIZEI HAT WIEDER EINE TOPFIGUR GEMACHT“

Am 13. März 2024 wurden zum 16. Mal die 133er-Awards in sechs Kategorien verliehen

„Die vergangenen Wochen haben gezeigt, welche Herausforderungen die Polizistinnen und Polizisten in Wien zu bewältigen haben“, sagte Landespolizeipräsident Dr. Gerhard Pürstl bei der Verleihung der 133er-Awards am 13. März 2024 im Wiener Rathaus. „Und die Wiener Polizei hat eine Topfigur dabei gemacht.“ Junge Menschen, die sich für den Polizeiberuf entscheiden würden, erbringen oft schon im ersten Jahr hervorragende Leistungen. Das zeige sich immer wieder im 133er-Award in der Kategorie „Newcomer“.

Innenminister Mag. Gerhard Karner betonte, es sei wichtig ausreichend viele Polizistinnen und Polizisten in der Stadt zu haben. „Beim ersten Aufnahmetermin heuer sind 180 Polizeischülerinnen und Polizeischüler aufgenommen worden, im Vorjahr waren es 46“, berichtete Karner. „Und bei der heutigen Veranstaltung spürt man: Hier sind Menschen, am Werk, die mit Freunde, Engagement und Herz ihre Arbeit tun. Was man gern tut, das macht man auch gut, und Sie machen ihre Arbeit tagtäglich exzellent.“

Auch Christian Hursky, Landtagsabgeordneter und Sicherheitssprecher, betonte in Vertretung des Bürgermeisters die Wichtigkeit der Personalsuche für die Polizei. „Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber hat sich vervierfacht“, sagte er. Er lobte die Zusammenarbeit mit der



Gerhard Pürstl: „Junge Polizistinnen und Polizisten erbringen oft schon im ersten Jahr hervorragende Leistungen.“

Wiener Polizei. Er erinnerte an die Eröffnung des Info-Stores der Polizei im Jänner 2024 am Wiener Ring, einer Gemeinschaftsproduktion von Polizei, Stadt und dem Verein der Freunde der Wiener Polizei.

Die 133er-Awards wurden in sechs Kategorien und zwei Sonder-Awards für herausragenden Leistungen vergeben. Eine Fachjury, bestehend aus Vertretern der Polizei, Wirtschaft, Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Wien, wählte die top drei Platzierungen in den Kategorien aus: „NewcomerIn des Jahres“, „besondere kriminalpolizeiliche Leistung“, „besondere Verdienste in der Prävention für Menschenrechte und den Opferschutz“, „besondere Verdienste in der Verkehrssicherheit“ und „Polizeiliches Lebenswerk“. Die sechste Kategorie, „PolizistIn des Jahres“, wurde durch ein Online-Voting der *Kronenzeitung* bestimmt. Dabei wurden mehr als 66.000 Stimmen abgegeben. Sonderawards gab es für den

„Helden auf vier Pfoten“ und für den Einsatz beim Thema „Kinder und Sicherheit“.

Die Gewinnerinnen und Gewinner der Abends waren:

Newcomerin des Jahres: Inspektorin Kerstin Lipp, Stadtpolizeikommando Innere Stadt

Besondere kriminalpolizeiliche Leistung: Chefinspektor Michael Hendrich-Szokol, Stadtpolizeikommando Meidling

Besondere Verdienste auf dem Gebiet der Prävention, der Menschenrechte und des Opferschutzes: Revierinspektorin Patricia Huber, Stadtpolizeikommando Fünfhaus

Besondere Verdienste auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit: Bezirksinspektor Paul Jung, Stadtpolizeikommando Ottakring

Das polizeiliche Lebenswerk: Chefinspektor Robert Stotz i.R., Landeskriminalamt Ermittlungsdienst

Polizist des Jahres: Revierinspektor Kaltrin Murati, Stadtpolizeikommando Margareten

Sonder-Award „Held auf vier Pfoten“: Revierinspektor Philipp Scheifinger, Polizeidiensthundeeinheit mit seinem Hund „Bullit“; Spezialausbildung: Suchtmittelspürhund.

Sonder-Award „Kinder und Sicherheit“: Gruppeninspektor Uwe Schaffer, Stadtpolizeikommando Brigittenau



Patricia Huber: „In meiner dienstlichen Laufbahn habe ich noch nie die Erfahrung gemacht, dass jemand gesagt hätte: ‚Mit dir rede ich nicht, weil du eine Frau bist.‘“

Michael Hendrich-Szokol: Mit Diebstählen in größerem Stil hat er zu tun, seit er vor fünf Jahren den Kriminalbereich der PI Am Platz übernommen hat

in den Unterkünften war ich die direkte Ansprechpartnerin. Ich habe auch Aufklärungsarbeit geleistet und erklärt, wie man sich in Österreich verhalten soll“, erzählt Huber. Sie betont, dass sie auch von Männern immer akzeptiert wurde, in deren Herkunftsländern man Frauen weniger Respekt entgegenbringt: „In meiner dienstlichen Laufbahn habe ich noch nie die Erfahrung gemacht, dass jemand gesagt hätte: ‚Mit dir rede ich nicht, weil du eine Frau bist.‘“

Opferschutz. In den folgenden Jahren sammelte Huber weitere Erfahrungen in unterschiedlichen Bereichen. Sie war *GEMEINSAM.SICHER*-Sicherheitsbeauftragte in der PI Linzer Straße, machte in der Einsatzinheit Dienst und fungierte als PI-Ermittlerin, ebenfalls in der Linzer Straße. 2021 wechselte sie als Präventionsbeamtin ins Kriminalreferat im 15. Bezirk, wo sie mit Opferschutz bei Gewalt in der Privatsphäre befasst war – eine Tätigkeit, die sie bis heute ausübt.

Nachdem die Polizei ein Betretungsverbot ausgesprochen hat, sei es wichtig, dass für das Gewaltopfer gleich eine Ansprechperson da ist, sagt Huber. In Opferkontaktgesprächen müsse man mit

Einfühlungsvermögen auf die Betroffenen eingehen. Viele haben schon sehr lange häusliche Gewalt erlebt. Sie ist für sie zur „Normalität“ geworden. Als Präventionsbeamtin informiert Huber Gewaltopfer darüber, welche Unterstützungsangebote es gibt.

Huber spricht auch mit Gefährdern. Dabei nutzt sie die Informationen aus

ber: „Manche glauben, was innerhalb der Familie passiert, gehe niemanden etwa an.“ Sie macht ihnen klar, dass die Polizei Übergriffe nicht duldet und diese geahndet werden.

Kriminalpolizeiliche Leistung. Gewinner des 133er-Awards für besondere kriminalpolizeiliche Leistungen ist

Nachdem die Polizei ein Betretungsverbot ausgesprochen hat, ist es wichtig, dass für das Gewaltopfer gleich eine Ansprechperson da ist

den Opferkontaktgesprächen, um herauszufinden, wo man beim Täter am besten ansetzen kann, um ihn von weiteren Gewalttaten abzuhalten. Die Gefährder würden die Konsequenzen ihrer Taten oft nicht erkennen, sagt Hu-

ber. Chefinspektor Michael Hendrich-Szokol von der PI Am Platz in Hietzing. Unter Kollegen ist er vor allem für seine Zeichenkünste bekannt. Von ihm stammen Entwürfe für Abzeichen und Logos, Illustrationen für Broschüren,

Bücher und Kalender sowie Cartoons in Polizeizeitschriften. Er zeichnete das „Männchen“ für die Schulstartaktion, den „Inspektor Lux“ und den „Polizeibären“ und bebilderte das Polizei-Kinderbuch „1-3-3 – Hier kommt die Polizei!“.

In seinem Rayon, der für ihn „der schönste von ganz Wien“ ist, liegt das Schloss Schönbrunn samt Schlosspark und Tiergarten. Finden Touristen den Weg zu den Sehenswürdigkeiten nicht, wenden



Die Preisträgerinnen und Preisträger der „133er Awards“ des Jahres 2024 bei der Ehrung im Wiener Rathaus



Die Preisträger des Abends – in der Kategorie „Newcomerin“: Kerstin Lipp; „Polizeiliches Lebenswerk“: Robert Stotz; „Besondere Verdienste auf dem Gebiet der Prävention, der Menschenrechte und des Opferschutzes“: Patricia Huber; „Besondere Verdienste auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit“: Paul Jung; „Sonder-Award Held auf vier Pfoten“: Philipp Scheifinger mit „Bullit“; „Besondere kriminalpolizeiliche Leistungen“: Michael Hendrich-Szokol; „Polizist des Jahres“: Kaltrin Murati; „Sonder-Award Kinder und Sicherheit“: Uwe Schaffer

sie sich an Hendrich-Szokol, wenn dieser wieder einmal zu Fuß unterwegs ist. Der persönliche Kontakt zur Bevölkerung und insbesondere zu den Geschäftsleuten ist ihm wichtig – und hat

sich Gepäckdiebstähle auf der Strecke zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Meidling häuften, insbesondere in *Railjets* der ÖBB, und die PI Am Platz die Akten zur Enderledigung bekam.

Kameras von den ÖBB bekommen“, berichtet Hendrich-Szokol.

Die Auswertung der Videos legte nahe, dass es sich um Serientäter handelte. Dieser Verdacht bestätigte sich, als 2019 auf den Aufnahmen ein Mann zu sehen war, der mit einem großen Rollkoffer zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Meidling hin- und herfuhr. Es war anzunehmen, dass er gestohlene Gepäckstücke in dem Koffer versteckte. Bei einer Schwerpunktstreife gelang es Hendrich-Szokol und PI-Ermittlern, den Täter am Hauptbahnhof zu erkennen und während der Fahrt in Richtung Bahnhof Meidling auf frischer Tat zu ertappen. Dem Dieb, einem ungarischen Staatsbürger, wurden zehn Straftaten mit einer Scha-

Der persönliche Kontakt zur Bevölkerung und insbesondere zu den Geschäftsleuten ist wichtig

auch immer wieder dazu beigetragen, dass Taschendieben das Handwerk gelegt werden konnte.

Gepäckdiebe. Mit Diebstählen in größerem Stil hat Hendrich-Szokol zu tun, seit er vor fünf Jahren den Kriminalbereich der PI Am Platz übernommen hat. Es begann damit, dass

Die Fälle blieben mangels Videoauswertung jedoch ungeklärt. Um das zu ändern, nahm Hendrich-Szokol Kontakt mit den ÖBB auf und ersuchte, der Polizei Aufnahmen von Kameras auf Bahnsteigen zur Verfügung zu stellen; die Züge selbst waren nicht videoüberwacht. „Wir haben CDs mit Videos von bis zu 50 verschiedenen

denzsumme von insgesamt rund 10.000 Euro nachgewiesen.

Hendrich-Szokol und seine Kollegen arbeiten eng mit anderen PI-Ermittlern in der PI Hauptbahnhof zusammen. Gemeinsam setzten sie als „Ermittlungsgruppe Railjet“ ihre Schwerpunktstreifen fort – mit Erfolg. So konnte ein wegen Eigentumsdelikten verurteilter Libyer, der erst vor Kurzem aus der Justizanstalt Krems entlassen worden war, bei einer Schwerpunktstreife am Wiener Hauptbahnhof festgenommen werden. Es gelang, ihm 18 Delikte nachzuweisen, darunter ein versuchter räuberischer Diebstahl mit einer Schadenssumme von mehr als 27.000 Euro.

Taschendiebstahl. Bei den Ermittlungen wegen Gepäckdiebstahls gehen der „Ermittlungsgruppe Railjet“ manchmal auch Taschendiebe ins Netz, die in den Zügen ihr Unwesen treiben. 2021 lieferte ein Informant einen Hinweis auf ein Taschendiebs-Duo aus Polen, einer der beiden war wegen Eigentumsdelikten zur Fahndung ausgeschrieben. Die Täter wurden festgenommen – trotz ihrer laut Hendrich-Szokol für Taschendiebe typischen „sehr professionellen“ Vorgehensweise: „Sie kommunizieren untereinander mit Mobiltelefonen oder stellen Späher auf, um Zivilpolizisten sofort zu erkennen.“

Die Schadenssummen sind bei Gepäckdiebstählen in der Regel wesentlich höher als bei Taschendiebstählen, da Reisende vor allem in Fernzügen häufiger teure Gegenstände wie Notebooks oder Kameraausrüstung mitführen. Sie lassen diese mitunter unbeaufsichtigt, wenn sie etwa in den Speisewagen gehen, bzw. können in der Gepäckablage verstaute Gegenstände nicht im Auge behalten. Oft bemerken Fahrgäste erst kurz vor dem Aussteigen, dass etwas fehlt. Man geht von einer hohen Dunkelziffer aus – und etwas Licht in diesen Deliktbereich zu bringen, ist mit der „Ermittlungsgruppe Railjet“ gelungen. *R. P.*

Vorurteile abbauen

Das Projekt „GEMEINSAM.SICHER mit der rumänischen Gemeinschaft“ dient zur Vernetzung von Polizei und rumänischer Gemeinschaft in Wien. Vorurteile sollen gegenseitig abgebaut werden.

Das Bild, das Gruppen voneinander haben, entspricht oft Klischees – das gilt auch für die Polizei und die in Österreich lebenden Rumänen: auf der einen Seite Polizisten, die bei Amtshandlungen mit Taschendieben, Einbrechern oder Prostituierten aus Rumänien konfrontiert sind, auf der anderen Menschen rumänischer Abstammung, die in ihrer „alten“ Heimat Repressionen durch die Exekutive erlebt oder zumindest davon gehört haben. Solche Erfahrungen können dazu führen, dass man dem jeweils anderen voreingenommen gegenübersteht.

Kontrollinspektor Cristian Gruia-Dumbrava, Sicherheitskoordinator im Stadtpolizeikommando Innere Stadt, ist es ein Anliegen, dass Polizisten und Rumänen einander kennenlernen und Vorurteile abbauen. Er wurde in Rumänien geboren, kam 1990 als Zehnjähriger mit seinen Eltern nach Wien und trat 2009 in den Polizeidienst ein. 2023 hatte er die Idee, GEMEINSAM.SICHER als Plattform für die Kommunikation zwischen der Polizei



Cristian Gruia-Dumbrava: „Mit der Aufhebung der Visapflicht für Rumänen im Jahr 2002 und dem EU-Beitritt von Rumänien 2007 ist die Anzahl der hier lebenden Rumänen gestiegen.“

und den in Wien lebenden Rumäninnen und Rumänen zu nutzen.

Er vertiefte seine eher sporadischen Kontakte zur rumänische Community in Wien und sein Wissen über diese. Grundlegende Informationen erhielt er vom *Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF)*. „Die rumänische Gemeinschaft bildet die nach den Deutschen zweitgrößte Gruppe der nicht österreichischen Staatsbürger in Österreich“, sagt Gruia-Dumbrava. „Mit der Aufhebung der Visapflicht für Rumänen im Jahr 2002 und dem EU-Beitritt von Rumänien 2007 ist die Anzahl der hier lebenden Rumänen gestiegen.“ Im Vergleich mit anderen ethnischen Gruppen gebe es unter den Rumänen wenige Arbeitslose, 88 Prozent seien berufstätig. Die meisten von ihnen arbeiten im Dienstleistungssektor.

Religiöse Gemeinden. Ein weiterer Unterschied mit anderen ethnischen Gruppen besteht darin, dass sich die rumänische Gemeinschaft nicht über Vereine vernetzt, sondern vorwiegend über religiöse Gemeinden. Diese



Die rumänische Gemeinschaft vernetzt sich nicht über Vereine, sondern vorwiegend über religiöse Gemeinden; sie gehören der rumänisch-orthodoxen Kirche an, aber auch der griechisch-katholischen Kirche, der Christengemeinden, der Pfingstgemeinde oder den Baptisten

gehören der rumänisch-orthodoxen Kirche an, aber auch der griechisch-katholischen Kirche, der Christengemeinden, der Pfingstgemeinde oder den Baptisten. Die religiösen Gemeinden sind wienweit in den Bezirken 2, 11, 12, 14, 15 und 22 vertreten.

Der gemeinsame Fokus der Verantwortlichen dieser rumänischen religiösen Gemeinden liegt auf der Integration der Kinder und Jugendlichen in die Gesellschaft. Deshalb erfolgt die soziale Kinder- und Jugendarbeit in den Pfarrschulen der Gemeinschaft, indem Werte- und Integrationskurse mit den jungen Mitgliedern durchgeführt werden. „Allein in der Christengemeinde 'ELIM' im 22. Bezirk sind über 500

Im Fokus steht die Integration der Kinder und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche registriert“, sagt Gruia-Dumbrava. „Im 15. Bezirk zählt die rumänisch-orthodoxe Pfarre etwa 100 Kinder, die regelmäßig jeden Samstag die Pfarrschule besuchen.“

Im Juni 2023 unterbreitete Gruia-Dumbrava Generalmajor Karlheinz Dudek, BA MA, Vorstand des Büros Organisation, Strategie und Dienstvollzug der LPD Wien, seinen Vorschlag

Die rumänische Gemeinschaft bildet die nach den Deutschen zweitgrößte Gruppe der nicht österreichischen Staatsbürger in Österreich

für ein neues GEMEINSAM.SICHER-Projekt. „Es ist wichtig, den wertschätzenden Dialog in Zusammenhang mit der Initiative GEMEIN-

SAM.SICHER zu führen und zu fördern“, sagt Karlheinz Dudek, der die Idee für gut befand und damit den Startschuss für das Projekt „GEMEINSAM.SICHER mit der rumänischen Gemeinschaft“ gab.

Vorbild für dieses Projekt ist das vom Stadtpolizeikommando für den 2. und 20. Bezirk laufende Pilotprojekt „GEMEINSAM.SICHER durch Integration“, an dem sich die Israelitische Kultusgemeinde, die Islamische Glaubensgemeinschaft und die serbische

Community beteiligen. Dabei suchen Grätzpolizistinnen und -polizisten den Kontakt zu den Communitys. Gruia-Dumbrava, der fließend Rumänisch

spricht, tat das bei einer Ende Juni 2023 begonnenen „Road-Tour“ durch Wien. Er stellte das von ihm initiierte Projekt bei den Trägerorganisationen der rumänischen Gemeinschaft und in mehreren Polizeidienststellen vor.

Drei Ziele. Für „GEMEINSAM.SICHER mit der rumänischen Gemeinschaft“ wurden drei Ziele definiert. Das erste besteht in der Vernetzung der Wiener Polizei mit der rumänischen Community. Diese soll davon überzeugt werden, dass sich Rumänen jederzeit an die Grätzpolizisten wenden können. Bei seinen Kollegen erhofft Gruia-Dumbrava eine Korrektur des Images der in Wien lebenden Rumänen als „Prostituierte, Bettler, Taschendiebe und Home-Invaders“.

„Die in Wien lebenden Rumäninnen und Rumänen sind mehr als das“, erklärt Gruia-Dumbrava. „Unter ihnen gibt es im Vergleich mit anderen ethnischen Gruppen wenige Arbeitslose.“ Angestrebt werde eine Kommunikation auf Augenhöhe.

Zweites Ziel ist die Unterstützung der religiösen Gemeinden der rumänischen Gemeinschaft in der Integrations- und Jugendarbeit. Dafür sollen Präventionsworkshops zu unterschiedlichen Themen dienen. „Wir haben bereits die erste Generation der in Wien geborenen Kinder, deren Eltern aus Rumänien gekommen sind“, erklärt Cristian Gruia-Dumbrava. „Je früher wir als Polizei die Verantwortlichen der religiösen Gemeinden der rumänischen Gemeinschaft bei der Integrations- und Jugendarbeit mit diesen Kindern unterstützen, desto weniger besteht die Gefahr, dass die Wiener Polizistinnen und Polizisten in Zukunft, wenn diese Kinder erwachsen werden, repressiv arbeiten müssen.“

Gruia-Dumbrava ist seit 2015 Präventionsbeamter und wird die polizeilichen Präventionsprogramme „UNDER 18“, die er jahrelang in den Schulen der Wiener Innenstadt durchgeführt hat, auch mit der Zielgruppe der 13- bis 17-Jährigen in der rumänischen

Gemeinschaft durchführen. Veranstaltungen im Präventionsprogramm „Cyberkids“, bei denen Kindern im Alter von acht bis zehn Jahren ein verantwortungsvoller Umgang mit dem Internet vermittelt wird, hat Gruia-Dumbrava in der rumänischen Gemeinschaft ebenfalls vorgesehen.

Weiters werden bei Berufsinformationstagen in der Gemeinschaft verschiedene Gewerbetreibende mit rumänischen Wurzeln aus dem 1. Bezirk als positive Vorbilder für die Jugendlichen vor den Vorhang geholt.

„Die Helfer Wiens“ haben angeboten, Workshops für rumänische Kindergartenkinder durchzuführen, die Landesverkehrsabteilung der LPD Wien plant

Unter den in Wien lebenden Rumäninnen und Rumänen gibt es im Vergleich mit anderen ethnischen Gruppen wenige Arbeitslose

Schulungen für einen sicheren Schulweg und Radfahrkurse.

Als drittes Ziel soll das Interesse junger Rumänen am Polizeiberuf geweckt werden. In der Community ist wenig bekannt, dass es in Wien Polizi-

sten mit rumänischen Wurzeln gibt, sowohl in den Polizeiinspektionen als auch bei Sondereinheiten wie WEGA oder EGS. Gruia-Dumbrava arbeitet

im Recruiting-Team mit, das Amtsdirektorin Claudia Holzgruber vom Referat A1.3 Personalentwicklung leitet, und hat selbst bereits rumänischstämmige Wiener für die Polizei geworben. Seine persönliche Geschichte vom

ALS POLIZIST VIELES ZU BEWEGEN, IST DAS ZIEL VON CRISTIAN GRUIA-DUMBRAVA

Polizist mit rumänischen Wurzeln

Cristian Gruia-Dumbrava wurde 1979 in Bukarest geboren und kam mit seiner Familie nach der rumänischen Revolution 1990 nach Wien, wo er das Gymnasium besuchte. Er absolvierte den Grundwehrdienst und nahm als Soldat des Bundesheeres für zweieinhalb Jahre an zwei der UN-Missionen am Golan teil. Dabei hatte er die Möglichkeit, die Länder des Nahen Ostens kennenzulernen.

Nächste Station war die Tätigkeit als Kundenbetreuer einer Bank. Zu seinen Kunden zählten Polizisten, die sein Interesse für den Polizeidienst weckten. Er bewarb sich – angesichts des damals geltenden Alterslimits gerade noch rechtzeitig – bei der Wiener Polizei, besuchte die Polizeischule und verbrachte die Praxisphase in seinem „Wunschbezirk“ Innere Stadt.

Nach Abschluss der Grundausbildung versah Gruia-Dumbrava in der Polizeiinspektion Goethegasse Dienst, wurde 2012 PI-Ermittler, zuerst am Stubenring, dann in der Goethegasse. 2017 wechselte er ins Kriminalreferat des Stadtpolizeikommandos 1, wo er nach dem E2a-Kurs als dienstführender Beamter tätig war. Seit 1. Juni 2023 ist er Sicherheitskoordinator für den 1. Bezirk.

Gruia-Dumbrava war an der



Cristian Gruia-Dumbrava kam mit seiner Familie 1990 nach der rumänischen Revolution nach Wien

Klärung einiger spektakulärer Fälle beteiligt: 2016 erkannte er aufgrund des Fahndungsfotos einen über Interpol steckbrieflich gesuchten Millionenbetrüger aus Kasachstan. Gruia-Dumbrava sah den Betrüger nach Dienstende vom Würstlstand hinter der Staatsoper aus, informierte seine Dienststelle, folgte dem Mann bis zu dessen Wohnung, stellte sich in den Dienst und nahm ihn fest.

2017 wurde einem älteren schwedischen Ehepaar in einem Hotel ein Koffer gestohlen, in dem sich für die Frau lebenswichtige Medikamente

befanden. Einer der beiden Täter wurde erkannt, als er in das Hotel zurückkehrte. Gruia-Dumbrava brachte ihn dazu, seinen Komplizen, der den Koffer bei sich hatte, zur Rückgabe des Gepäckstücks zu überreden.

Ebenfalls 2017 forschten Gruia-Dumbrava und seine Kollegen einen 15-jährigen Betrüger aus. Dieser hatte sich bei einem steirischen Autohändler als – erwachsener – Millionärssohn ausgegeben, der beabsichtige, einen Ferrari zu kaufen. Er machte eine Probefahrt, von der er den Luxuswagen nicht zurückbrachte. Auch weitere Betrugsdelikte gingen auf das Konto des 15-Jährigen.

2018 erkannte Gruia-Dumbrava in seiner Freizeit einen per Haftbefehl gesuchten mutmaßlichen algerischen Dieb und nahm ihn fest. Dem Mann wurde vorgeworfen, in der Wiener Innenstadt mehrere Diebstähle in verschiedenen Hotellobbys begangen zu haben, der Gesamtschaden betrug über 45.000 Euro.

Im Zuge des Streifendienstes zu Fuß erkannte Gruia-Dumbrava 2019 einen per europäischen Haftbefehl gesuchten chilenischen Taschendieb, der seit 2016 mehr als 20 Taschendiebstähle in der Bundeshauptstadt verübt hatte, und nahm diesen fest.



„GEMEINSAM.SICHER mit der rumänischen Gemeinschaft“: Vorurteile auf beiden Seiten abbauen

Kind rumänischer Einwanderer, das bei der Polizei Karriere gemacht hat, kommt ihm dabei zugute. „Ich erzähle meine Story und vermittele die positiven Aspekte des Polizeiberufs“, sagt Gruia-Dumbrava.

Veranstaltungen. Offiziell begann „GEMEINSAM.SICHER mit der rumänischen Gemeinschaft“ am 10. Oktober 2023 mit einer Auftaktveranstaltung im Festsaal der LPD Wien. 90 Gäste, Vertreter der LPD Wien und der rumänischen Community, waren eingeladen. Generalmajor Dudek prä-

vor. „Dieses gemeinsame Projekt ist ein Schritt für ein gemeinsames Miteinander“, sagte der rumänische Botschafter Emil Hurezeanu bei der Auftaktveranstaltung.

Zur Vernetzung waren im Festsaal fünf Gesprächsinseln aufgebaut – je eine für jeden Bezirk, in dem die rumänische Gemeinschaft vertreten ist. Ein Vertreter der Polizei auf Bezirksebene, der jeweilige Sicherheitskoordinator, ein Grätzlpolizist, der Bezirksvorsteher bzw. sein Stell-

Ich vermittele die positiven Aspekte des Polizeiberufs

sammen, um einander kennenzulernen. „Die Reaktionen beider Seiten auf dieses erste große Treffen waren äußerst positiv“, sagt Gruia-Dumbrava.

Für 2024 plant die rumänische Gemeinschaft Grätzl-Veranstaltungen in den jeweiligen Bezirken. In diesem

Projekt wird auch die Wiener Polizei mit den Bereichen Prävention, Gewaltschutz, Recruiting und Kinderpolizei vertreten sein. Für Kinder und Jugendliche ist zumindest einmal pro Jahr in jeder kirchlichen Gemeinde ein Workshop vorgesehen. „Ich möchte, dass aus den Kindern und Jugendlichen mit rumänischen Wurzeln ordentliche Wienerinnen und Wiener werden, auf die die Stadt Wien, Österreich und die rumänische Community stolz sein kann“, sagt Gruia-Dumbrava. R. P.

Ich möchte, dass aus den Kindern und Jugendlichen

mit rumänischen Wurzeln ordentliche Wienerinnen und Wiener werden

sentierte die Initiative GEMEINSAM.SICHER mit unserer Polizei, Gruia-Dumbrava stellte das Projekt mit der rumänischen Gemeinschaft

vertreter und je ein Verantwortlicher einer religiösen Gemeinde der rumänischen Gemeinschaft fanden sich bei der Gesprächsinsel ihres Bezirks zu-

Falsche Notrufe

Spoofing und Swatting: Mit einfachen Methoden und freier Software lassen sich Telefonnummern kapern und falsche Identitäten vortäuschen. Das Motiv dahinter ist meist Betrug, aber oft auch Rache.

Nicht immer ist die Nummer, die auf dem Display des Telefons erscheint, die des Anrufers. Kriminelle nutzen Spoofing – die Manipulation der eigenen Rufnummer – für den Betrug an meist zufällig ausgewählten Personen. Auch die Polizei und andere Blaulichtorganisationen sind mitunter Zielscheiben von Fake-Anrufen; beim Swatting etwa wird vorgegeben, dass ein Notfall vorliegt. Eine derartige Anrufserie Anfang 2023 war Anlass dafür, dass sich die LPD Wien näher mit diesem Phänomen auseinandersetzte.

In der Landesleitzentrale (LLZ) Wien sind Spoofing und Swatting seit Jahren bekannte Phänomene, auch wenn die LLZ eher selten zu den Betroffenen zählt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LLZ erhalten in Schulungen Informationen, wie sie solche Anrufe erkennen können und wie sie vorgehen sollen.

Falsche Identität. „Beim Spoofing wird in der digitalen Kommunikation eine andere Identität vorgetäuscht“,



Peter Seidl: „Spoofers täuschen eine falsche Identität vor.“

erklärt Oberst Peter Seidl, BA, Leiter der LLZ. „Der Spoofer manipuliert die Kommunikation derart, dass dem Empfänger eine falsche Absenderadresse angezeigt wird.“ Das ge-

schieht durch einen Anruf („Call-ID-Spoofing“), mitunter aber auch per Mail oder über eine App.

Unter „Swatting“ versteht man einen missbräuchlichen Notruf, bei dem der Anrufer vorgibt, dass eine lebensbedrohliche Lage besteht. Das kann eine Geiselnahme sein oder die Ankündigung eines Attentats. „Bei einem Anruf gehen wir vom Schlechtesten aus“, sagt Seidl. Das bedeutet, dass z. B. bei einer Bombendrohung ein Großaufgebot an Einsatzkräften an den vom Anrufer genannten Ort geschickt werden kann.

Eine Methode, die beim Spoofing manchmal angewandt wird, ist das „Phone-Cloning“. Dabei werden die auf einem Mobiltelefon gespeicherten Daten samt Telefonnummer und Passwörtern mit Hilfe einer frei erhältlichen Software auf ein anderes Gerät kopiert. Der Täter eignet sich somit die Identität seines Opfers an, das nicht merkt, dass sein Handy gehackt worden ist. Ein Verdacht kommt meist erst auf, wenn sich beim echten Besitzer der geklonten Telefonnummer jemand

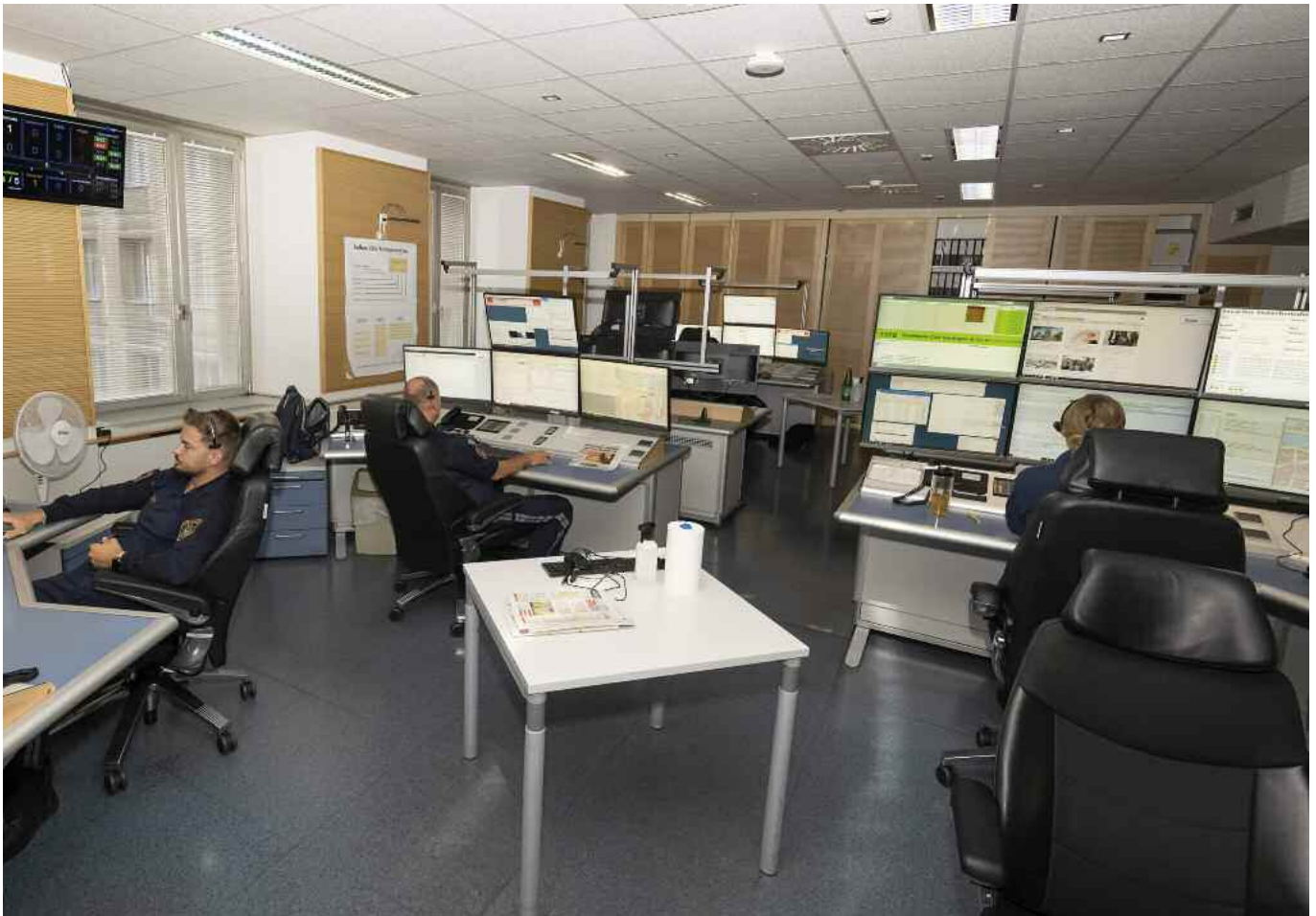
meldet, der vom Täter angerufen worden ist. Das kann auch eine Einsatzorganisation sein, die einen Fake-Notruf von dieser Nummer erhalten hat.

Motive. Die Beweggründe für Spoofing und Swatting sind, wenn es sich nicht um Betrug handelt, nicht immer klar erkennbar. Ein häufiges Motiv ist Rache an einer Person, Institution oder einer Behörde als Repräsentantin des Staates. Seidl führt als Beispiel eine Bombendrohung beim *Arbeitsmarktservice* an, nachdem sich der vom AMS betreute Anrufer ungerecht behandelt gefühlt hat. Spoofer bzw. Swatter, die den Staat ablehnen, wählen als Opfer oft die Polizei und manchmal auch die Feuerwehr oder die Berufsrettung.

Als weiteres Motiv nennt Seidl, dass jemand die Behörde „auf die Probe stellen“ möchte – dass sie oder er etwa testen möchte, ob eine Attentatsdrohung ernst genommen wird. Auch Neugier kann eine Rolle spielen, wenn ein Anrufer den Notruf wählt und vor Ort versteckt auf die anrückenden Einsatzkräfte wartet. Anrufern, die aus Langeweile die Nummer einer Blaulichtorganisation wählen, ist gar nicht bewusst, was sie damit auslösen. Sie sehen die Tat als „harmlosen Streich“ an.

Schließlich gibt es auch psychisch kranke Personen, die in derartigen Anrufen ein Ventil für ihre Probleme suchen. Dazu zählte ein junger Mann, der im Frühjahr 2023 unter Verwendung einer geklonten Nummer die Leitstelle der Wiener Berufsrettung mit hunderten Bombendrohungen lahmlegte. Der Anrufer konnte ausgeforscht werden. Die Polizei stattete ihm einen Besuch ab und stellte fest, dass der Mann unter psychischen Problemen litt. Zur selben Zeit gingen bei der Feuerwehr und bei einigen Wiener Polizeiinspektionen Swatting-Anrufe ein, die jedoch nicht demselben Täter zuzuschreiben waren.

Einkaufszentrum geräumt. Ein spektakulärer Fall ereignete sich am 28. Februar 2023: In der Polizeiinspek-



Wenn in der Landesleitzentrale das Telefon läutet, handelt es sich nicht immer um einen echten Notfall

tion Laurenzerberg meldete sich ein unbekannter Anrufer mit leicht ausländischem Akzent und kündigte an, dass er ein Einkaufszentrum im 20. Bezirk in die Luft sprengen werde. Er gab an, einen Sprengstoffgürtel zu besitzen, und verwendete Ausdrücke wie „Inshallah“ und „Allahu Akbar“, die einen Zusammenhang mit einem islamistischen Hintergrund auslösen sollten.

„Besondere Lage“. „In der LPD ist eine besondere Lage ausgerufen worden“, schildert Oberst Seidl. „Die Polizei hat im öffentlichen Bereich des Einkaufszentrums nach dem Attentäter gesucht. Funkmittel, WEGA, Bereitschaftseinheit, ein Sprengstoffsachkundiger und ein Diensthundeführer mit Sprengstoffspürhund waren vor Ort.“ Die Durchsuchung des Areals verlief negativ. Alle Personen, die sich in diesem Bereich aufhielten, wurden

kontrolliert, weitere nicht mehr in den Tower gelassen.

Vorgetäuschte Rufnummer ausforscht. Durch eine Anfrage beim Mobiltelefonbetreiber wurde der Besitzer der Rufnummer, die bei der Bombendrohung aufgeschienen war, ermittelt. Dabei handelte es sich um einen 73-jährigen Niederösterreicher, der einen Nebenwohnsitz in Wien hatte. Auf den Anrufprotokollen zu seiner Rufnum-

worden sei, was eine missbräuchliche Verwendung seiner Rufnummer nahe legte. Es wurde Anzeige gegen Unbekannt erstattet wegen gefährlicher Drohung.

Bombendrohung. Bei einer telefonischen Bombendrohung wie der am 28. Februar 2023 stellt die Polizei eine Anfrage an den Telekommunikationsanbieter, um den Besitzer der Rufnummer zu eruieren. Ist dieser am Telefon

Wenn das Telefon nur einmal läutet, sollte man auf die Rufnummer achten; ist es eine unbekannte Nummer, könnte es sich um Spoofing handeln

mer schien kein Notruf auf. Der Mann wurde von der Besatzung eines niederösterreichischen Funkwagens aufgesucht und als nicht verdächtig eingestuft. Er gab an, dass er am selben Tag von einem unbekanntem Anrufer mit deutscher Rufnummer kontaktiert

erreichbar, vergleicht man seine Stimme mit der auf der Notrufaufzeichnung. Hebt niemand ab, wird der Standort des Mobiltelefons eruieren und ein Funkwagen hingeschickt. Durch den telefonischen oder persönlichen Kontakt mit dem Besitzer der Ruf-

nummer lässt sich meist klären, ob es sich bei diesem um den Bedrohenden handelt oder Spoofing vorliegt.

Wenn mit einem Attentat, etwa einem Bombenanschlag, gedroht wird, hängt die weitere Vorgehensweise der Polizei von der Gefährdungseinschätzung ab. „Abstrakte Drohungen, z. B. ‚Ich sprengte alle Polizeistationen in Österreich in die Luft‘, gehen eher in Richtung Psychose“, sagt Seidl. Personen, die derartige wirre Drohungen ausstoßen, rufen oft mehrmals hintereinander an. Generell rückt die Polizei lieber einmal zu viel aus als einmal zu wenig und nimmt bei einer Bombendrohung eine Durchsuchung mit einem Sprengstoffsachkundigen und einem Sprengstoffspürhund vor.

Spoofing erkennen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LLZ sind geschult darin zu erkennen, ob es sich bei einem Anruf um Spoofing handelt, und Rückschlüsse auf den Anrufer zu ziehen. Hinweise auf Spoofing sind z. B. eine größere Anzahl von Anrufen mit der gleichen Nummer oder sofortiges Auflegen. Äußert der Anrufer eine Drohung, ist es wichtig, auf seine Stimme zu achten: Spricht er Dialekt oder hat er einen ausländischen Akzent? Klingt er aufgeregt oder wie ein Betrunkener? Auch Hintergrundgeräusche können Informationen liefern.

Für Privatpersonen hat Seidl einen Tipp, wie sie Spoofing als Betrugsmasche erkennen können: „Wenn das Telefon nur einmal läutet, sollte man auf die Rufnummer achten. Ist es eine unbekannte Nummer, könnte es Spoofing sein.“ Betrüger nutzen nämlich den Reflex, dass man bei einem verpassten Anruf zurückruft – in diesem Fall eine teure kostenpflichtige Nummer. Misstrauisch sollte man auch sein, wenn die Notrufnummer 133 auf dem Display erscheint und ein vermeintlicher Polizist die Verwahrung von Wertsachen übernehmen möchte, um diese „vor Einbrechern zu schützen“, denn auch beim „Polizeitrick“ machen Betrüger von Spoofing Gebrauch. *R. P.*

Von der PI ins PK

Von der Polizistin zur Polizeijuristin: Katharina Jelinek machte erste Polizeierfahrungen in Ottakring, Janet Fraß „lernte das polizeiliche Gehen“ in Favoriten. Beide sind nun im rechtskundigen Dienst.

Möglichkeiten, bei der Polizei Karriere zu machen, gibt es viele. Eine Option ist es, ein Jus-Studium zu absolvieren. Dafür haben sich zwei Polizistinnen entschieden, die nun als Polizeijuristinnen tätig sind. Sie punkten damit, rechtliche Kenntnisse mit praktischen Erfahrungen aus dem Polizeialltag zu verbinden.

Katharina Jelinek. Für Rätin Mag. Katharina Jelinek, MA, stand schon während der Schulzeit fest: Sie wollte Polizistin werden. Vorsichtshalber hatte sie einen „Plan B“ im Hinterkopf: Jus zu studieren. Da die Schülerin eine Brille trug, rechnete sie mit einer Absage bei der Bewerbung für die Polizei. Schließlich verwirklichte sie beide Optionen. Sie begann 2009 nach der Matura mit dem Jus-Studium, ließ sich kurz danach ihre Fehlsichtigkeit durch eine Laseroperation korrigieren und bewarb sich erfolgreich bei der Wiener Polizei.

Jelinek trat 2011 in die Polizeischule ein und absolvierte die Praxisphasen



Katharina Jelinek studierte Jus, absolvierte parallel dazu die Polizeischule und vor Kurzem auch noch das FH-Studium „Strategisches Sicherheits-Management“

im 16. und 17. Bezirk, wo sie nach Abschluss ihrer Ausbildung blieb. Diese alles andere als ruhige Bezirke reizten sie gerade, weil sie einen Gegensatz

zur „heilen Welt“ in Gablitz bildete, wo sie aufgewachsen war: Substandardwohnungen, Gewalt in der Familie, aufgeheizte Stimmung in der Ottakringer Straße bei Fußballspielen, psychisch kranke Personen, deren Verhalten einen Polizeieinsatz erforderlich macht.

Bei ihrem letzten Dienst in der ersten Praxisphase, einem Planquadrat am Gürtel, wurden Jelinek und zwei Kollegen zu einer „in der *Lugner City* tobenden Psychose in einem Lokal“ gerufen. Im Einkaufszentrum kam ihnen der Tobende mit seiner Freundin entgegen. Als Jelineks Kollegen den Mann fixierten, ging dessen Freundin auf sie los. „Ich habe die Frau von einem Angriff abgehalten und fixiert“, schildert Jelinek. „Das war das erste Mal, dass ich im Dienst Körperkraft eingesetzt habe.“

Ebenfalls bei einem Verkehrsplanquadrat, das allerdings zum Ordnungsdienst „umfunktioniert“ wurde, erlebte Jelinek mit, was sich in der Ottakringer Straße bei einem Match Türkei gegen Kroatien abspielt. Lautstark feiernde



Zum Thema „Weibliche Führungsmotivation in der Sicherheitsverwaltung und der Exekutive im Vergleich“ schrieb Katharina Jelinek ihre Masterarbeit an der FH Wiener Neustadt, Studiengang „Strategisches Sicherheitsmanagement“

Fans, Pyrotechnik, Raufereien und Sachbeschädigungen bescherten der jungen Inspektorin einen „sehr intensiven“ Einsatz. Es war allein schon eine Herausforderung, sich mit dem Funkwagen einen Weg durch die Menschenmassen zu bahnen.

Auch die tierischen Bewohner von Ottakring – bzw. eines Teils des benachbarten 17. Bezirks, der polizeilich zum 16. gehört – lernte Jelinek kennen. Vor allem während der Nachtdienste konnte man Hasen, Füchse, Rehe und andere Wildtiere in den Straßen des Rayons wahrnehmen. Zahm, aber schwer einzufangen waren drei Zwergziegen, die in einer Einfahrt in Neuwaldegg standen. Jelinek und ihre Kollegin hatten die Aufgabe, die Tiere zu ihrem Besitzer zurückzubringen, doch dieser war nicht auffindig zu machen. Als sie es endlich geschafft hatten, eine der Ziegen zu erwischen, kam deren

Besitzer. Gemeinsam fingen sie auch die anderen beiden Tiere.

Rechtskundiger Dienst. Anfang Dezember 2017 kam Jelinek ins Polizeikommissariat (PK) Döbling zur Einschulung, im April 2018 wurde sie in den Rechtskundigen Dienst als Verwaltungsstrafreferentin im PK Döbling übernommen. Nach einem kurzen Aufenthalt im ersten Bezirk wurde sie im PK Fünfhaus Verwaltungsstrafreferentin. Diese Funktion übte sie – mit einer

auch als Juristin Außendienst, etwa bei Leichenkommissionierungen, Häftlingseinsparnissen, Schnellrichtereinsätzen – und auch bei Einsätzen im Rapid-Stadion. Diese waren für mich besonders spannend, weil ich sie davor nur als Inspektorin erlebt hatte. Als Einsatzleiterin hat man die Gesamtverantwortung und nimmt an der Einsatzbesprechung der Einsatz- und Abschnittskommandanten teil“, sagt Jelinek. Dadurch würde man nicht nur verstehen, wie Entscheidungen getrof-

Einsätze im Rapid-Stadion waren für mich besonders spannend, weil ich sie davor nur als Inspektorin erlebt hatte

Unterbrechung als interimistische Stellvertreterin des Stadthauptmanns – bis Ende 2021 aus. Das Jahr 2022 verbrachte sie als Sicherheitshauptreferentin im PK Fünfhaus.

„Im Polizeikommissariat hat man

fen werden, sondern auch aktiv an diesen mitwirken.

2023 wechselte Jelinek ins Büro A2 Zentrale Koordination. „Unser Büro ist für die Koordination der 14 Polizeikommissariate und Stadtpolizeikom-

manden mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten zuständig“, erklärt Jelinek. „Die größte Herausforderung ist, unter Berücksichtigung der Unterschiede, ein einheitliches Arbeiten bzw. Vorgehen zu koordinieren, das den Dienstanweisungen und Vorgaben des Landespolizeipräsidenten entspricht.“

Janet Fraß. Wie kann man sich wehren, wenn einem Unrecht getan wird? Diese Frage beschäftigte Inspektorin Mag. Janet Fraß während ihrer Schulzeit. Die Antwort darauf hieß für sie: Man muss sich ein entsprechendes rechtliches Wissen aneignen. Also begann sie nach der Matura, Jus zu studieren.

Während ihrer Zeit an der Karl-Franzens-Universität Graz überlegte sie, welchen Beruf sie einschlagen sollte. In die engere Wahl kamen zwei, die mit dem Schutzgedanken zu tun hatten: Bundesheer und Polizei. Die Entscheidung fiel vor allem wegen der interessanten Karrierechancen für die



Katharina Jelinek wechselte 2023 ins Büro A2 „Zentrale Koordination“, das für die Koordination der 14 Polizeikommissariate und Stadtpolizeikommanden zuständig ist.

– auch in der Steiermark, wo Fraß aufgewachsen ist –, wurde der Bezirk gerecht. Fraß absolvierte beide Praxisphasen dort und blieb nach der zweiten in Favoriten. Bei Einsätzen lernte sie die unterschiedlichsten Situationen kennen, von milieubedingten Raufereien über Gewalt in der Privatsphäre bis zum Suchgifthandel.

Erleichterung verspürte Fraß nach einem Einsatz wegen eines lebensmüden Teenagers. Das Mädchen, das mit seinen Eltern Streit gehabt hatte, stand

Favoriten wurde dem Ruf gerecht,

den es auch in der Steiermark hat, der Heimat von Fraß

Polizei. Ein halbes Jahr, bevor sie 2021 ihr Studium abschloss, begann Fraß mit der Polizeischule. Einige rechtliche Themen, vor allem Strafrecht, waren ihr aus Lehrveranstaltungen bekannt, Verkehrsrecht dagegen war an der Uni kaum behandelt worden.

In Favoriten. „Mir war klar, dass der Dienst in einer Polizeiinspektion nicht die Endstation meiner Karriere bei der Polizei sein wird, also wollte ich in den Berufspraktika in kurzer Zeit möglichst viel lernen“, begründet Fraß ihren Wunsch, im 10. Bezirk eingesetzt zu werden. Dem Ruf, den Favoriten hat

auf dem Balkon der Wohnung und drohte hinunterzuspringen. Fraß sprach dem Mädchen Mut zu, das von seinem Vorhaben abließ und dem Amtsarzt vorgeführt wurde. „Der Einsatz war mitten in der Pandemie. Die Lokale waren geschlossen, der soziale Kontakt hat gefehlt“, erzählt Fraß.

Vergebliches Rütteln. Nach einer Messerstecherei, vermutlich im Suchtgiftmilieu, suchte ein Mann Hilfe bei der Polizeiinspektion am Keplerplatz. Er rüttelte jedoch an der falschen – verschlossenen – Tür neben der PI. Als Fraß und ihre Kollegen auf ihn auf-

merksam wurden, zog er sein T-Shirt hoch und zeigte einen Schnitt im Brustbereich. Der Mann war ansprechbar und machte Angaben zum Täter. Er wurde ins Spital gebracht.

Eine verschlossene Tür spielte auch bei einer kuriosen Begebenheit eine Rolle: Passanten riefen die Polizei, weil sie in der verschlossenen Kirche am Keplerplatz Licht sahen. Ein Mann Mitte 20 war eingeschlossen worden. Er sagte, dass er nach einer langen Fahrt aus Italien müde gewesen sei und sich in der Kirche auf eine

Bank gelegt hatte, um sich kurz auszu-ruhen. Er schlief ein und wurde vom Pfarrer übersehen, der die Kirchentür am Abend zusperrte. Ein Kollege von Fraß verständigte den Pfarrer und dieser befreite den Mann.

Einschulung. Seit 1. November 2023 macht Fraß im Polizeikommissariat Innere Stadt Dienst, wo sie für ihre Tätigkeit als Polizeijuristin eingeschult wird. Dabei ist es anders als im 10. Bezirk und auch die Herausforderungen sind laut Fraß vielfältiger. „Ich unterstütze die Kollegen im Bereich des Verwaltungsstrafverfahrens, wenn besondere juristische Kenntnisse gefordert sind, oder die mit einer verwaltungsstrafrechtlichen Festnahme verbunden sind“, sagt sie. „Die Arbeit ist sehr abwechslungsreich. Ich habe zwar eine grobe Struktur, aber es kommt immer wieder Neues dazu.“

Neu war für sie der Anfang Dezember begonnene Journaldienst. Ruft ein Kollege an, erhebt Fraß den Sachverhalt, führt eine rechtliche Einstufung durch und bespricht sie mit einem der erfahrenen Juristen im PK. „Dabei lernt man sehr viel, vor allem, wenn man noch keine Berührungspunkte mit dem Thema gehabt hat“, sagt Fraß.

Rosemarie Pexa

Arbeit im Team

Ob Geisel- oder Selbsttötungslage – durch die richtige Gesprächsführung kann das Gegenüber meist von seinem Vorhaben abgebracht werden – von Mitgliedern der Verhandlungsgruppe der Polizei.

Wird die Verhandlungsgruppe angefordert, dann wissen ihre Mitglieder, dass sich ihr Gegenüber in einem psychischen Ausnahmezustand befindet. „Wir kommen zum Einsatz, wenn durch deeskalierende Gespräche eine Gewalttat oder eine Selbsttötung verhindert werden soll“, erklärt Oberleutnant Günter Steinwendtner, stellvertretender Leiter der LKA-Außenstelle Mitte und Leiter der Verhandlungsgruppe Wien. Diese tritt durchschnittlich 20- bis 25-mal pro Jahr in Aktion, hauptsächlich in Suizidlagen oder beim Widersetzen gegen eine Festnahme durch Verbarrikadierung, seltener bei Erpressungen oder in Form von Y-Betreuungen, also der polizeitaktischen Betreuung der Opfer von Straftaten wie Geiselnahmen oder Entführungen.

In Österreich wurden die ersten Verhandlungsgruppen, darunter jene in Wien, 1989 als Reaktion auf die steigende Anzahl der Entführungen, Erpressungen und Geiselnahmen gegrün-



Günter Steinwendtner: „Hilfreich ist allein schon das Wissen, dass man in der Gruppe immer Rückhalt findet.“

det. Es erfolgte die erste Spezialausbildung durch den kriminalpsychologischen Dienst des Innenministeriums. 1993 trat der Erlass des BMI zur Umsetzung der „Richtlinien für die Organisation, den Einsatz und die Ausbil-

dung der Verhandlungsgruppen (VG)“ in Kraft. Mittlerweile gibt es in Österreich sechs Verhandlungsgruppen, die vom Referat Verhandlungsgruppen im Bundeskriminalamt koordiniert werden. Es handelt sich um Spezialeinheiten, die anlassbezogen zusammentreten, ihre Mitglieder üben diese Tätigkeit neben ihrem Regeldienst aus. Die Verhandlungsgruppe Wien besteht derzeit aus 23 Mitgliedern, darunter drei Frauen.

Interesse. Steinwendtner gehört seit 2015 der Verhandlungsgruppe Wien an. „Der damalige Leiter der Verhandlungsgruppe Oberst Gerhard Winkler hat einen Stellvertreter gesucht und mich gefragt, ob ich diese Aufgabe übernehmen möchte. Ich habe zugesagt, weil mich die Verhandlungsgruppe immer schon interessiert hat“, erinnert sich Steinwendtner. Davor war er in mehreren kriminalpolizeilichen Dienststellen in leitender Funktion tätig. Nachdem Winkler 2023 zum Leiter des Ermittlungsdienstes des LKA Wien bestellt worden war, folgte ihm

Steinwendtner 2024 als Leiter der Verhandlungsgruppe nach.

Sein Stellvertreter ist Oberst Nino Kirnbauer, BA, bei der Direktion Spezialeinheiten/Einsatzkommando Cobra stellvertretender Leiter der Abteilung II Ausbildung, Sonder- und Spezialeinsatz sowie Leiter des Referats 2.2 – zentrale Observation. Er kam kurz vor der Corona-Pandemie zur Verhandlungsgruppe. Seine Faszination für diese Art der Tätigkeit führt er auf einen Einsatz während seiner Zeit als Polizeischüler zurück: „Ein Jugendlicher wollte durch einen Sprung von der Reichsbrücke Selbstmord begehen. Ich war Erstsprecher, habe 15 Minuten lang mit ihm verhandelt und war froh, dass dann Experten von der Verhandlungsgruppe gekommen sind. Der Fall ging gut aus, der Jugendliche sprang nicht.“

Bei der Leitung der Verhandlungsgruppe Wien werden Steinwendtner und Kirnbauer von zwei Kollegen unterstützt: von Chefinspektor/SIAK Christoph Hackl, MA, vom Landeskriminalamt Wien, und von Chefinspektor/SIAK Robert Taferner vom Bundeskriminalamt. Teamarbeit hat für die Mitglieder der Verhandlungsgruppe einen hohen Stellenwert, nicht nur bei Einsätzen. Die Motivation und die Identifikation mit der Gruppe ist hoch, was sich daran erkennen lässt, dass – abgesehen von Pensionierungen – keine Abgänge zu verzeichnen sind.

Ausbildung. Interessiert sich ein Kollege für die Arbeit in der Verhandlungsgruppe, muss er seine Eignung in einem Hearing mit Psychologen und erfahrenen Verhandlern unter Beweis stellen, anschließend erfolgt eine Reihung der Bewerber. Wer aufgenommen wird, absolviert eine vierwöchige Grundausbildung, bestehend aus mehreren Modulen. Im theoretischen Teil werden vor allem psychologische Inhalte vermittelt; der Schwerpunkt liegt

Erfahrungen
fließen umgehend
in das Training ein



Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe kommen immer dann zum Einsatz, wenn durch besonders deeskalierende und empathische Gespräche eine Gewalttat oder eine Selbsttötung verhindert werden soll

auf Persönlichkeitsstörungen wie Psychopathie oder Narzissmus. Der praktische Part beinhaltet die Übung von Verhandlungstechniken, mit denen im Ernstfall Vertrauen zum Gegenüber aufgebaut werden soll.

Zusätzlich zur Grundausbildung werden jährliche Fortbildungen im Umfang von zwei bis vier Tagen plus zwei Übungstagen abgehalten. „Bei den Übungen werden Echtlagen in Szenarien nachgestellt“, berich-

halten reflektiert, jeder erhält Feedback von den Ausbildnern und den anderen Teilnehmern.

In das Training fließen nicht nur Erfahrungen aus bisherigen Einsätzen der österreichischen Verhandlerteams ein, sondern auch Erkenntnisse aus anderen Ländern. Vorreiter waren die USA, deren Vorgangsweise den internationalen Standard bei Verhandlungen durch die Polizei geprägt hat. Mit Deutschland, wo speziell ausgebildete Exekutivbeamte ausschließlich als Verhandler tätig sind, und der Schweiz

Im theoretischen Teil werden vor allem psychologische Inhalte vermittelt, mit Schwerpunkt auf Persönlichkeitsstörungen wie Psychopathie oder Narzissmus

tet Hackl. „2023 hat es an vier Halbtagen Stationentraining mit der Cobra gegeben. Das Bundeskriminalamt bietet Spezialausbildungen an, etwa Sprecher-Ausbildung, Y-Betreuung/Krisenintervention oder Psychopathologie.“ Die Übungsszenarien sind so realistisch, dass sie die Teilnehmenden an ihre Belastungsgrenze bringen. Anschließend wird das eigene Einsatzver-

halten es einen regen Austausch. „An einer von der Verhandlungsgruppe Ost veranstalteten Fortbildung im Vorjahr in Tulln haben deutsche und Schweizer Verhandler als Beobachter teilgenommen und uns Feedback gegeben“, berichtet Hackl.

Einsätze. Gerüstet durch eine Ausbildung, die Taferner als „beste Ausbil-



Robert Taferner: „Die Ausbildung zur Verhandlungsgruppe ist die beste, die ich bisher kennengelernt habe.“



Christoph Hackl: „2023 hat es an vier Halbtagen Stationentraining mit der Cobra gegeben.“



Nino Kirnbauer: „Wir können auch auf Kollegen zurückgreifen, die die Sprache des Gegenübers sprechen.“

„... die er bei der Polizei bisher absolviert hat“ bezeichnet, setzen die Mitglieder der Verhandlungsgruppe das Gelernte bei Einsätzen in die Praxis um. In zwei Dritteln der Fälle wird die Gruppe über die Landesleitzentrale angefordert, deren Mitarbeiter geschult sind zu erkennen, ob in der jeweiligen Lage professionelle Gesprächsführung das Mittel der Wahl ist. Manchmal verständigt der Ersteinschreiter die Verhandlungsgruppe. Im Zweifelsfall sollte man sich für die Anforderung entscheiden, betont Taferner: „Die Kollegen brauchen sich nicht zu scheuen, uns zu rufen.“

Im Zweifel sollte man die Verhandler hinzuziehen

Vor Ort versuchen die Verhandler, Vertrauen zum Gegenüber aufzubauen und es davon zu überzeugen, die Lage gewaltfrei zu beenden. Wenn eine friedliche Lösung nicht erreichbar scheint, gilt es, Informationen vom Gegenüber einzuholen, um einen Zugriff vorbereiten zu können. Das Verhandlungsteam arbeitet dabei eng mit Einheiten wie *Cobra*, *WEGA* und Entschärfungsdienst zusammen sowie mit externen Organisationen, etwa mit

dem Kriseninterventionsteam des Roten Kreuzes. Die Entscheidung, wie vorgegangen wird, liegt immer bei der Einsatzleitung.

2018 ereignete sich ein Fall, bei dem das Verhandlungsteam das Gegenüber nicht von seinem Vorgehen abbringen konnte: Ein Mann versuchte, seiner Festnahme in der Wohnung zu entgehen, indem er auf das Dach des Hauses flüchtete und sich dort verbarrikadierte. Die Verhandler stiegen auf eine Drehleiter, um den Täter dazu zu bewegen, vom Dach runterzukommen. „Das hat nicht funktioniert. Der Mann hat Dachziegel auf die Kollegen geworfen; einer von ihnen ist leicht verletzt worden“, schildert Hackl. Der Mann wurde schließlich unter Einsatz eines Tasers überwältigt.

In einem Fall im Jahr 2023 hatten die Verhandler trotz einer schwierigen Ausgangssituation Erfolg – die Kommunikation fand per Videotelefonie und mit Übersetzung auf Farsi statt. Nach einem Tötungsdelikt in einem Geschäftslokal war ein aus dem Iran stammende Täter auf der Flucht. Ein Kollege der Verhandlungsgruppe nahm

mit dem Täter über dessen Lebensgefährtin per Videotelefonie am Handy Kontakt auf. Er konnte den Iraner schließlich durch Argumente überzeugen, dass es für ihn das Beste ist, von der Flucht oder weiteren Gewalttaten Abstand zu nehmen. Der Täter stellte sich in einem nahen Park widerstandslos der Polizei.

Anders kommunizieren. Da es immer häufiger zu Einsätzen kommt, bei denen das Gegenüber nicht Deutsch als Muttersprache hat, gewinnen Sprachkenntnisse zunehmend an Bedeutung. „Zum Teil kann auf Kollegen zurückgegriffen werden, die die jeweilige Sprache sprechen, das ist am besten. Wir haben einen türkischstämmigen Kollegen, der beispielsweise einen Mann erfolgreich auf Türkisch von seinem Vorhaben abgebracht hat, sich umzubringen“, erzählt Kirnbauer. Findet sich in den eigenen Reihen niemand, der übersetzen kann, zieht man einen externen Dolmetscher bei.

Das Handy wird, wie im Fall des Iraners, immer öfter im Zuge von Verhandlungen genutzt. „Vor allem Jugendliche fühlen sich wohler, wenn sie über Messengerdienste kommunizie-

ren können“, erklärt Taferner. Das stellt an die Verhandler zusätzliche Ansprüche. Sie müssen nicht nur den Umgang mit *WhatsApp*, *Signal* und Co. beherrschen, sondern auch die von jungen Menschen oft verwendeten Abkürzungen und Emojis kennen und richtig interpretieren.

Anforderungen. Die höchsten Anforderungen an die Verhandler ergeben sich durch die psychische Belastung. „Wenn man zum Gegenüber eine Vertrauensbasis aufgebaut hat und es die geplante Tat trotzdem umsetzt, dann zehrt das an einem“, gibt Kirnbauer zu bedenken. Das gilt insbesondere für Suizide. Bei Bedarf erhalten die Wiener Verhandler psychologische Unterstützung durch drei Kollegen in ihrer Gruppe, die auch beim Peer-Support sind, bzw. durch die Psychologen des kriminalpsychologischen Dienstes im Innenministerium.

Hilfreich ist allein schon das Wissen, dass man in der Gruppe immer Rückhalt findet. „Teamarbeit und gruppendynamische Prozesse sind uns sehr wichtig“, sagt Steinwendtner. Merkt einer der Verhandler, dass ein Fall einen Kollegen besonders beschäftigt, sucht er von sich aus das Gespräch. Wenn während eines Einsatzes die „Chemie“ zwischen einem Verhandler und seinem Gegenüber nicht stimmt, übernimmt ein Kollege.

Teamfähigkeit zählt demnach zu den wesentlichen Eigenschaften, die Interessenten für die Verhandlungsgruppe mitbringen sollten. „Verhandeln ist immer Teamarbeit. Wir sind bei einem Einsatz zumindest zu zweit. Es wird eingeteilt, wer welche Aufgabe übernimmt“, sagt Taferner. Man muss unterschiedliche Positionen übernehmen können, neben dem Sprecher sind das z. B. Protokollführung, Technik oder Analyse. Ebenfalls gefragt sind Empathiefähigkeit, hohe Belastbarkeit und Stressresistenz, „denn die Verhandlungen, bei denen es in der Regel um Leben oder Tod geht, dauern oft Stunden“.

Rosemarie Pexa

Zwei Witwen und ein Bettgeher

Vor 100 Jahren stand eine unbescholtene Witwe wegen Mordes an ihrer Freundin zweimal vor Gericht. Die „Volksseele“ forderte einen Freispruch. Das Urteil der Geschworenen überraschte alle.

Anfang der 1920er-Jahre vermietete die 67-jährige Marie Eberl, Witwe eines Postamtsdieners, in ihrer Zimmer-Küche-Wohnung im Wohnhaus Kölblgasse 25 in Wien-Landstraße zwei Betten für „Bettgeher“. Ab Ende Dezember 1923 wohnte bei ihr der 19-jährige Ernst Meiche. Der Sohn eines Gastwirts in Thüringen hatte die Mittelschule absolviert und war nach Wien gekommen, um hier eine Arbeitsstelle zu finden. Die Adresse von Eberl hatte er von einem Landsmann erhalten, der früher bei der Wienerin gewohnt und sie bestohlen hatte.

Wohnraum war damals in Wien knapp. Sogar die Mieten für Klein- und Kleinstwohnungen waren für einfache Arbeiter kaum leistbar. Es gab daher eine hohe Zahl an Untermietern und „Bettgehern“. In manchen Zimmer-Küche-Wohnungen mit Wasser und WC am Gang waren bis zu zehn Untermieter einquartiert.

Marie Eberls ehemalige Arbeitskollegin und Freundin Franziska Pruscha war ebenfalls Witwe. Die 54-jährige Be-

dienerin besuchte Eberl immer wieder und übernachtete häufig bei ihr. Nachdem der junge Deutsche bei Eberl eingezogen war, häuften sich die Besuche und Übernachtungen Pruschas. Im Bekanntenkreis galt es als offenes Geheimnis, dass die beiden Frauen um die Gunst des attraktiven Burschen warben. Aus Eifersucht kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Witwen.

Diagnose „Herzschlag“. Als Ernst Meiche nach einem Tanzabend am 4. März 1924, um vier Uhr früh, in die Untermietwohnung zurückkehrte, fiel ihm auf, dass die Wohnungstür nicht versperrt war und dass seine Vermieterin nicht wie sonst immer aufwachte und sich mit ihm unterhielt. Als Meiche die im Nebenbett liegende Frau ansprach, erhielt er keine Antwort. Ungewöhnlich war, dass sie die Bettdecke über den Kopf gezogen hatte. Meiche schlug die Decke zurück. Die auf dem Rücken liegende Frau rührte sich nicht.

Meiche weckte ein Ehepaar in der Nachbarwohnung und die Hausbesorger-

in. Sie stellten fest, dass der Körper kalt und die Frau offenbar seit Stunden tot war. Der Untermieter lief zu einem Wachzimmer und informierte die Polizisten vom Tod der Frau. Dann ging er zum Hausarzt der Verstorbenen. Der Arzt erschien um sieben Uhr früh und diagnostizierte nach einer oberflächlichen Besichtigung einen Herzschlag als Todesursache. Aus polizeilicher Sicht wäre die Leiche zur Beerdigung freigegeben worden. Weil aber die Nichte der Verstorbenen in der gesamten Wohnung weder Münzen noch Papiergeld vorgefunden hatte, wurde sie misstrauisch, denn die Tante hatte kurz vor ihrem Tod eine höhere Pensionsnachzahlung erhalten.

Am Nachmittag entdeckte ein Neffe der Toten, dass der Hals der Leiche mit einem zusammengeknöteten Lampendocht umschlungen war. Nun wurde ein Augenschein durch Gerichtsärzte vorgenommen. Laut deren Gutachten war der Tod durch Ersticken eingetreten, verursacht durch den Lampendocht und Zuhalten von Mund und Nase. Die Leiche war entkleidet, Eberl dürfte bereits im

Sonn- und Feiertags-Preis
100 österr. Kronen =
8 Groschen
in der österr. Republik

Illustrierte

Sonn- und Feiertags-Preis
in der österr. Republik
40 Helle

Kronen Zeitung



26. Jahrgang.

Druck, Verlag, Eigentum und Herausgabe: G. Deitz & Co., Wien, IX., Braunerstraße 28.
Verantwortlicher Schriftleiter: Richard Eiserich, Wien, IX., Döbnerstraße 13.

Nr. 42

Post-Abonnement für die österreichische Republik
1 Monat . . . K 21.500 = 2 S 15 g
Nachforderung bei Preisänderung vorbehalten.

Wien, Sonntag den 18. Oktober 1925.
Redaktion und Administration: Wien, IX., Braunerstraße 28.
Tel. 11012, 16229, 16330.
Stadt-Bureau: 1. UG., Schulerstraße 19. Tel. 7726.

Post-Abonnement für die tschechische Republik
1 Monat K 10.50, 3 Monate K
tschecho-slowakischer Währung

Franzista Bruscha freigesprochen

Die Frage auf Mord einstimmig — die Frage auf
Totschlag mit 11 Stimmen verneint.
Die Bruscha auf freiem Fuß.



Der Verteidiger spricht.

Der Staatsanwalt spricht.

Vor dem Landesgerichte vor der Urteilsfällung

U. Kraus

Foto: Illustrierte Kronen Zeitung vom 18. Oktober 1925

Bett gelegen sein, als sie erdrosselt wurde.

Da im Zimmer sonst keine Unordnung herrschte, vermuteten die Ermittler, dass der Täter oder die Täterin genaue Kenntnisse der Wohnung haben musste und auch wusste, wo sich Geld und Wertgegenstände befanden.

Der Verdacht richtete sich gegen Ernst Meiche und Franziska Pruscha. Sie wurden festgenommen. Meiche war von Eberl und Pruscha ausgehalten worden. Marie Eberl hatte Ernst Meiche Geld geliehen und darüber einen Schuldschein ausgestellt. Nach ihrem Tod zerriss Meiche den Schuldschein. Er erhielt auch von Pruscha Geld, unter der Bedingung, über bestimmte Vorkommnisse zu schweigen.

Konkreter Verdacht. Ernst Meiche schied bald als Verdächtiger aus. Er hatte die Wohnung nachweislich um 18:15 Uhr verlassen und war zu einer Tanzveranstaltung gegangen, wo er sich laut Zeugen bis in die frühen Morgenstunden aufgehalten hatte. Eberl und Pruscha waren in der Wohnung geblieben.

Die Ermittler befragten die Nachbarn und erfuhren, dass es schon am Nachmittag zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen den beiden eifersüchtigen Frauen gekommen war – in Anwesenheit Meiches. Auch am Abend war wieder Streit zu hören gewesen und gegen 19:30 Uhr war es in der Wohnung wieder ruhig geworden. Kurz danach war Franziska Pruscha im Hausflur gesehen worden. Pruscha bestritt, Marie Eberl umgebracht zu haben. Sie behauptete, eine Viertelstunde nach Meiche die Wohnung verlassen zu haben – im besten Einvernehmen mit ihrer „Freundin“. Sie sei zu der eine Viertelstunde entfernten Wohnung in die Klimschgasse 22a gegangen und habe das Ehepaar Zatloukal besucht. Dort sei sie um 18:45 Uhr eingetroffen. Das Ehepaar gab aber an, Pruscha sei erst eine Stunde später, gegen 19:45 Uhr, in die Wohnung gekommen. Später versuchte Pruscha, das Ehepaar zu überreden, vor

Gericht über die Zeit ihres Eintreffens ihre Version vorzubringen.

Am Tag nach dem Mord schenkte Pruscha dem Untermieter Meiche einen höheren Betrag und meinte, sie habe so viel Geld, dass sie nicht wisse, was sie damit anfangen solle. Die gleiche Summe überreichte sie einer Frau, bei der Eberl Schulden hatte. Die Polizisten stellten bei Pruscha eine höhere Geldsumme sicher. Pruscha behauptete, es handle sich um Ersparnisse. Das schien unglaubwürdig, da sie nur eine geringe Arbeitslosenunterstützung erhielt. Einer Bekannten erzählte Pruscha ein Detail des Tathergangs, das nur der Täter bzw. die Täterin wissen konnte, nämlich, dass um den Hals der Ermordeten ein Docht geschlungen war.

Franziska Pruscha, geboren am 27. Juli 1870 in Südböhmen, wurde wegen des Verbrechens des Raubmordes angeklagt. Die Schwurgerichtsverhandlung im Wiener Landesgericht begann am 27. November 1924. Die Angeklagte tobte vor Gericht und beschimpfte Zeugen. Sie wurde von den Geschworenen am 29. November 1924 nicht wegen Raubmordes, sondern wegen gemeinen Mordes und Diebstahls schuldig gesprochen und zu einer fünfzehnjährigen schweren Kerkerstrafe verurteilt. Laut Urteil habe Pruscha erst nach der Tötung Eberls den Entschluss gefasst, das Opfer zu bestehlen.

Pruscha, die schon vor der Gerichtsverhandlung versucht hatte, einen Löffel zu schlucken, wurde kurz nach der Verurteilung in das Inquisitenspital gebracht. In einigen Zeitungen wie *Der Tag* wurde die Gerichtsentscheidung als Fehlurteil bezeichnet und die Verurteilte als unschuldig dargestellt. Ein Bezirksrichter kritisierte in Zeitungsbeiträgen das Urteil und verunglimpfte Gerichtspersonen. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt.

Wiederaufnahmeantrag. Die vom bekannten Wiener Strafverteidiger Dr. Richard Preßburger erhobene Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obersten Gerichtshof Anfang März 1925 verwor-

fen; das Geschworenenurteil wurde bestätigt. Damit war das Urteil rechtskräftig. Pruschas Verteidiger brachte einen Antrag auf Wiederaufnahme des Strafverfahrens ein, in dem die Schuldlosigkeit seiner Mandantin sowohl des Mordes, als auch des Diebstahls behauptet wurde. Der Verteidiger präsentierte eine Entlastungszeugin: Marie Wilfer, eine Kartenleserin, sagte aus, Marie Eberl habe ihr gegenüber über Erststickungsanfälle wegen eines Herzleidens geklagt. Sie habe ihr deshalb geraten, sich einen heißen Umschlag um den Hals zu machen und das Tuch mit einem Band oder einer Schnur festzubinden. Eberl habe kurz vor ihrem Tod gemeint, die Umschläge hätten ihr geholfen. Es sei daher wahrscheinlich, dass Eberl sich selbst das Tuch angelegt und mit dem Docht befestigt habe. Als es zwischen Eberl und Pruscha am 3. März 1924 zum Streit gekommen sei, habe Pruscha ihr Opfer zwar am Hals gepackt und dadurch ihren Tod herbeigeführt, ohne aber eine Tötungsabsicht gehabt zu haben. Daher handle es sich nicht um Mord, sondern lediglich um Totschlag und eine Wiederaufnahme des Verfahrens sei statthaft.

Die Ratskammer beschloss, dem Wiederaufnahmeantrag stattzugeben, nicht weil an der Schuld Pruschas gezweifelt wurde, sondern weil Umstände bekannt worden seien, dass die Tat möglicherweise nicht als Mord, sondern als das mindere Delikt des Totschlags einzustufen sei.

Mitte Oktober 1925 wurde neuerlich verhandelt. Siebzig Zeugen waren geladen. Ernst Meiche war nicht darunter. Er hatte nach dem ersten Prozess Wien verlassen und war für das Gericht nicht erreichbar.

Die zwölf Geschworenen sprachen Franziska Pruscha von der Anklage wegen Mordes einstimmig frei. Die Frage nach der Schuld wegen des minderen Delikts des Totschlags wurde von elf der zwölf Geschworenen verneint. Vom Gerichtssaalpublikum gab es Applaus und „Bravo“-Rufe für die Entscheidung der Laienrichter.

Der Staatsanwalt kritisierte die „be-

arbeitete öffentliche Meinung“, die „wegen mangelnder Kenntnis der Verhältnisse und der Beweise“ nicht berufen sei, bei dieser Sache mitzuwirken. Er betonte neuerlich, Pruscha sei „die Mörderin“, niemand anderes komme als Täter oder Täterin infrage. „Möge sie in Frieden ziehen, wenn ihr Gewissen ihr einen Frieden gibt“, kommentierte der Staatsanwalt den Freispruch. Pruscha wurde zwar wegen Mordes bzw. Totschlags freigesprochen, aber wegen Diebstahls zu sechs Monaten schweren Kerkers verurteilt. Die Strafe war durch die Untersuchungshaft bereits verbüßt, sodass die Witwe nach der Verhandlung auf freien Fuß gesetzt wurde. Vor dem Gerichtsgebäude warteten viele Menschen, um Pruscha zum Freispruch zu beglückwünschen. Pruscha verließ das Gerichtsgebäude durch einen Nebeneingang in der Florianigasse. Ihr Sohn und ihre Schwester hatten ein Auto gemietet, um sie abzuholen. Auch ehemalige Zellengenossinnen Pruschas freuten sich über den Freispruch. Sie waren nun eine streitsüchtige Insassin los.

Nach der zweiten Schwurgerichtsverhandlung versuchte Pruschas Strafverteidiger auch die Wiederaufnahme des Gerichtsverfahrens wegen der Diebstahlsverurteilung. Er begründete den Antrag damit, dass nur der Mörder und nicht seine Mandantin den Diebstahl begangen haben könnte. Das Landesgericht wies den Wiederaufnahmeantrag im Jänner 1926 ab.

Einige Monate später zeigte Pruscha eine Belastungszeugin wegen Verleumdung an. Das Verfahren wurde eingestellt. Im Juni 1929 verklagte Pruscha die Nichte der Ermordeten. Sie behauptete, am Tag ihrer Verhaftung der Nichte Geld für das Begräbnis gegeben zu haben. Nun forderte sie das Geld zurück. Sie verklagte erfolglos auch andere Personen. W. S.

Quellen:

Der zweite Pruscha-Prozeß. In: „Der Tag“, vom 12. Oktober 1925, S. 1-2.

Die Pruscha – freigesprochen. In: „Illustrierte Kronen Zeitung“, vom 18. Oktober 1925, S. 2-3.

Josef von Amberg und sein Platzhalter

Nachfolger des abberufenen Polizeioberdirektors Johann Baptist von Waldstätten 1831 wurde Josef von Amberg. Bis zu dessen Amtsantritt im März 1832 leitete Karl von Braulik die Polizeidirektion.

Johann Baptist Ignaz von Waldstätten, ab Oktober 1829 Polizeioberdirektor in Wien, wurde im August 1831 von seinem Amt abberufen und zur niederösterreichischen Regierung versetzt. Zu seinem Nachfolger wurde Josef von Amberg bestimmt. Er war Generalpolizeidirektor von Venedig und konnte Italien nicht kurzfristig verlassen. Deshalb wurde Karl Ritter von Braulik im August 1831 interimistisch mit der Leitung der Polizeidirektion Wien betraut.

Karl Braulik galt als angesehener Verwaltungsjurist. Seine Polizeikarriere startete er 1806 als Hofkonzipient in der Polizei- und Zensur-Hofstelle. Diese Zentralbehörde wurde 1793 als Polizei-Hofstelle im Rang eines Ministeriums gegründet und 1801 in Zentrale Polizei- und Zensur-Hofstelle umbenannt.

Die Polizeidirektion Wien musste deren Verfügungen umsetzen. Der Hofstelle unterstanden auch die Zensurbehörden („Bücherrevisionsämter“) in den Provinzhauptstädten. Sie wurde im Revolutionsjahr 1848 aufgelöst. 1811 wurde Karl Braulik Hofsekretär, 1811



Joseph Graf Sedlnitzky: Präsident der Polizei- und Zensurhofstelle (Gemälde von Moritz Michael Daffinger)

Regierungsrat und 1814 wirklicher Hofrat in der Polizei- und Zensur-Hofstelle. Die Polizei- und Zensur-Hofstelle wurde ab 1817 vom autoritären Präsidenten Joseph Graf Sedlnitzky von

Choltic geleitet. Er war ein vorauseilender Erfüllungsgehilfe Metternichs und dessen Unterdrückungssystems. Er baute die Geheimpolizei und das Spitzelsystem aus und sorgte für eine strenge Zensur von Druckschriften. Braulik und sein Kollege Hofsekretär Schmid belieferten Staatskanzler Klemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich-Winneburg zu Beilstein mit geheimen Informationen aus dem russischen Kabinett.

Karl Braulik wurde für seine herausragenden Verdienste um den Staat von Kaiser Franz I. mit allerhöchstem Handschreiben vom 30. Juni 1817 in den erblichen Adelsstand und am 13. März 1820 in den Ritterstand erhoben. Braulik beantragte erst 1826 bei der Hofkanzlei die Ausstellung des Adelsbriefs.

Josef von Amberg. Nach seiner Übersiedlung nach Wien übernahm Josef von Amberg im März 1832 von Braulik das Amt des Polizeioberdirektors. Wirkl. Hofrat Karl Ritter von Braulik kehrte in die Oberste Polizei- und Zensur-Hofstelle zurück. Er erwarb mit seiner Frau Therese ein Haus in der Als-

ervorstadt und starb am 16. August 1832 54-jährig an den Folgen der Brechruhr. Sein gleichnamiger Sohn machte als Jurist ebenfalls Karriere im Staatsdienst.

Josef Amberg, geboren am 13. April 1778 in Eichstädt in Bayern als Sohn von Sebastian und Maria Barbara Amberg, studierte Rechtswissenschaften. Während der Koalitionskriege kämpfte er 1809 gegen Frankreich. 1813 wurde er Polizeioberkommissär in Verona und am 8. Jänner 1816 heiratete er in Udine. 1820 wurde Amberg Polizeidirektor in Innsbruck und zum „wirklichen Gubernialrat“ befördert. Als Polizeidirektor hatte er heute seltsam anmutende Aufgaben, wie etwa jene, Sargträger auszuwählen, die den Leichnam des Tiroler Freiheitshelden Andreas Hofer in die letzte Ruhestätte in die Innsbrucker Hofkirche bringen sollten. Amberg strich einen der Vorgeschlagenen „wegen seines üblen Rufes“ von der Liste.

Kaiser Franz I. erhob Josef Amberg am 1. Juni 1826 in den Adelsstand. Zwei Jahre später wurde er Generalpolizeidirektor in Venedig. Im März 1832 übernahm er die Leitung der Polizeioberdirektion Wien und 1835 wurde er zum wirklichen Hofrat befördert.

Polizeistaat mit strenger Zensur. Kaiser Franz I. herrschte damals absolutistisch. Staatskanzler Metternich stützte sich auf eine starke Geheimpolizei im Kaisertum Österreich und ein Netz von Spitzeln („Konfidenten“) in Mitteleuropa. Im Einvernehmen mit Regierungsvertretern von Bayern, Preußen und Württemberg errichtete Metternich in Mainz eine gemeinsame polizeiliche Überwachungsstelle – die „Mainzer Zentralpolizei“. Im September 1833 wurde sie nach Frankfurt am Main verlegt, wo es früher einen von der österreichischen Gesandtschaft eingerichteten geheimen Ausforschungsdienst gegeben hatte. Schon Mitte 1834 kehrte die Zentralpolizei nach Mainz zurück. Leiter dieser Behörde war der Jurist Karl Noé von der Oberpolizeidirektion Wien. Er betrieb ein ausgedehntes Kon-



Polizeioberdirektion Am Peter in Wien

fidennetz mit Kontakten nach Frankreich, Belgien, England, Italien, Spanien und in die Schweiz. Noé lieferte die Berichte über die Bundes-Präsidentschaft an Staatskanzler Metternich. Umgekehrt erhielt Noé von der Staatskanzlei zusammenfassende Darstellungen der Gesandtschaftsberichte. Die Mitarbeiter der Mainzer Zentralpolizei informierten die kooperierenden Regierungen über liberale und revolutionäre Strömungen und andere politische Gefahren. Es gab V-Leute in Mainz, Leipzig, Frankfurt, Straßburg, Paris und in der Schweiz. Observiert wurden unter anderen deutsche liberale Schriftsteller, darunter Heinrich Heine, der damals in Paris lebte. Einige Monate lang kooperierte die Mainzer Zentralpolizei auch mit der französischen Polizei in Paris. Karl Noé wurde wegen seiner Verdienste 1836 in den Adelsstand erhoben (Prädikat „Edler von Nordberg“) und am 23. Oktober 1841 als Lei-

ter der Mainzer Zentralpolizei abgesetzt. Die Dienststelle wurde in Mainzer Informationsbüro umbenannt und im Revolutionsjahr 1848 aufgelöst.

Kriminalitätsbekämpfung. Für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Wien während der Amtszeit von Karl von Braulik und Josef von Amberg war die 1775 unter Herrscherin Maria Theresia aufgestellte Militär-Polizeiwache zuständig. Die in der Bevölkerung unbeliebte Wache hatte auch Gesetzesübertretungen anzuzeigen und Festnahmen vorzunehmen.

Für kriminalpolizeiliche Tätigkeiten war die Zivilpolizeiwache („Civil-Polizei- und Bezirkswache“) zuständig. Der im Dezember 1791 gegründete Wachkörper wurde zwar 1793 nach Protesten der Militärbehörden aufgelöst, aber 1807 wiedererrichtet. Der Ausforschungsdienst wurde aber meist von den ab 1793 aufgenommenen Polizeidienern



Uniform der Militärpolizeiwache (bis 1837)

und manchmal auch von der Militär-Polizeiwache versehen. Die Zivil-Polizeiwache unterstand bis 1848 dem Wiener Magistrat. Die Wächter patrouillierten auf den Straßen, bewachten Brücken, kontrollierten die Fuhrwerke, nahmen Bettler und Vagabunden fest, bewachten und eskortierten Festgenommene und hatten eine Reihe von Ordnungsaufga-

ben. Die (Armut-)Kriminalität war hoch, verstärkt durch den Staatsbankrott bald nach dem verlorenen Krieg 1809 gegen Frankreich.

Wenige Monate nach Ambergs Amtsantritt als Polizeioberdirektor erfolgte ein aufsehenerregender Mordanschlag auf Erzherzog Ferdinand von Österreich, den späteren Kaiser Ferdin-

and I. Bei einem Spaziergang nach der Frühmesse am 9. August 1832 in Baden schoss ein Mann mit einer kleinen Vorderladerpistole (*Terzerol*) auf den Erzherzog und traf ihn im Bereich des linken Schulterblatts. Das Projektil blieb aber wegen einer zu schwachen Patronenladung im Überrock stecken. Das Opfer erlitt nur eine Prellung und ein Hämatom.

Beim Täter handelte es sich um Franz Reindl, einen ehemaligen Offizier, der in den Napoleonischen Kriegen mehrfach ausgezeichnet, aber wegen Trunksucht frühpensioniert worden war. Mehrmals hatte er sich an Erzherzog Ferdinand gewandt und kleinere Geldbeträge erhalten. Ein höherer Betrag oder eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst waren ihm wegen seiner Trunksucht verweigert worden. Kurz vor dem Attentat hatte er wieder am Hof interveniert, aber nicht die erhoffte Geldsumme erhalten. Verbittert beschloss er, den Thronfolger zu ermorden. Der Attentäter wurde im September 1832 von einem Militärgericht zu lebenslanger Haft verurteilt und starb 1847 in Festungshaft.

Polizeioberdirektor Josef von Amberg wurde 1835 von seinem Amt abberufen und zur Polizei- und Zensur-Hofstelle versetzt. Er starb am 21. Dezember 1869 in Wien. Als Polizeioberdirektor in Wien folgte ihm am 25. Jänner 1835 Peter Edler von Muth. W. S.

Quellen/Literatur:

Czeike, Felix: Historisches Lexikon Wien in sechs Bänden. Wien 1992–2004

Marx, Julius: Die österreichische Zensur im Vormärz, Schriftenreihe des Arbeitskreises für österreichische Geschichte, Band 6. Wien 1959

Oberhummer, Hermann: Die Wiener Polizei. 200 Jahre Sicherheit in Österreich, Band I. Wien 1938

Oberhummer, Hermann: Die Angehörigen der Wiener Polizei 1754–1900. Ein Nachtrag zur Geschichte der Wiener Polizei. Wien 1939

Sabitzer, Werner: Lexikon der inneren Sicherheit (Polizeilexikon Österreich). Wien/Graz 2008

Wien. In: Wiener Zeitung, 7. Oktober 1814, S. 1

Jugend nützt 2024 Social Media weniger

Teils starke Verluste im Nutzungsverhalten Jugendlicher gibt es laut dem „Jugend-Internet-Monitor 2024“ vor allem bei den Plattformen WhatsApp und YouTube. ChatGPT hingegen ist beliebt.

Saferinternet.at hat mit Unterstützung des Bundeskanzleramtes heuer wieder die Social-Media-Favoriten Österreichs Jugendlicher ermittelt. Auch wenn es an der Spitze nur geringe Verschiebungen gibt, zeigt sich, dass die Nutzung von sozialen Netzwerken durch Jugendliche zurückgeht. Vor allem WhatsApp und YouTube haben massiv an Nutzerinnen und Nutzern verloren. Deutliche Zugewinne verzeichnet nur die Instant-Foto-App BeReal.

Welche sozialen Netzwerke werden von jungen Menschen in Österreich gerne genutzt? Gibt es einen Unterschied zwischen Mädchen und Burschen? Der Jugend-Internet-Monitor der EU-Initiative Saferinternet.at untersucht seit neun Jahren die Nutzung von sozialen Netzwerken der österreichischen Jugend.

Die Datenerhebung wurde mit Unterstützung des Jugendstaatssekretariates im Bundeskanzleramt umgesetzt und vom Institut für Jugendkulturforschung durchgeführt. Befragt wurden

400 Jugendliche im Alter von 11 bis 17 Jahren aus ganz Österreich.

„Die Befragung zeigt, dass soziale Medien ein bedeutender Teil des Lebens junger Menschen sind“, sagt Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm. „Gerade deswegen ist es uns wichtig, aufzuzeigen, dass soziale Medien nicht immer die Realität abbilden. Oft werden nur die Sonnenseiten des Lebens gezeigt, aber auch die absichtliche Verbreitung von Falschinformationen nimmt ständig zu. Gemeinsam mit Sa-

ferinternet.at stellen wir ein Service-Paket für Jugendliche, Eltern, Lehrer und Vereine bereit.“

YouTube (70 %, davon 51 % täglich). Allerdings haben vor allem WhatsApp mit minus 20 Prozentpunkten und YouTube mit minus 24 Prozentpunkten Rückgänge zu verzeichnen.

Etablierte Netzwerke verlieren.

Durch die Vielzahl an Plattformen mit teilweise sehr ähnlichen Funktionen verlieren etablierte soziale Netzwerke bei den 11- bis 17-Jährigen zunehmend an Bedeutung. So findet die Kommunikation zwischen Jugendlichen längst

Möglicherweise, um sich von Eltern und Großeltern abzugrenzen, wandern Jugendliche von großen Diensten ab

auch über andere Kanäle als WhatsApp statt. Vor allem bei den Jüngeren verliert auch YouTube immer mehr an Relevanz, da inzwischen alle großen Netzwerke auf die Einbindung von Videos setzen. Möglicherweise spielt auch die zunehmende Nutzung etablierter Plattformen durch die eigenen Eltern bzw. Großeltern eine Rolle. Um sich abzugrenzen, wandern Jugendliche verstärkt von großen Diensten ab und

Starke Verluste für WhatsApp und YouTube. Die Nummer eins der Internetplattformen österreichischer Jugendlicher ist auch in diesem Jahr WhatsApp (Nutzung insgesamt: 76 %, davon 77 % täglich), gefolgt von Instagram (71 %, davon 68 % täglich) und

wenden sich neueren Plattformen zu, auf denen sie sich noch ungestört fühlen.

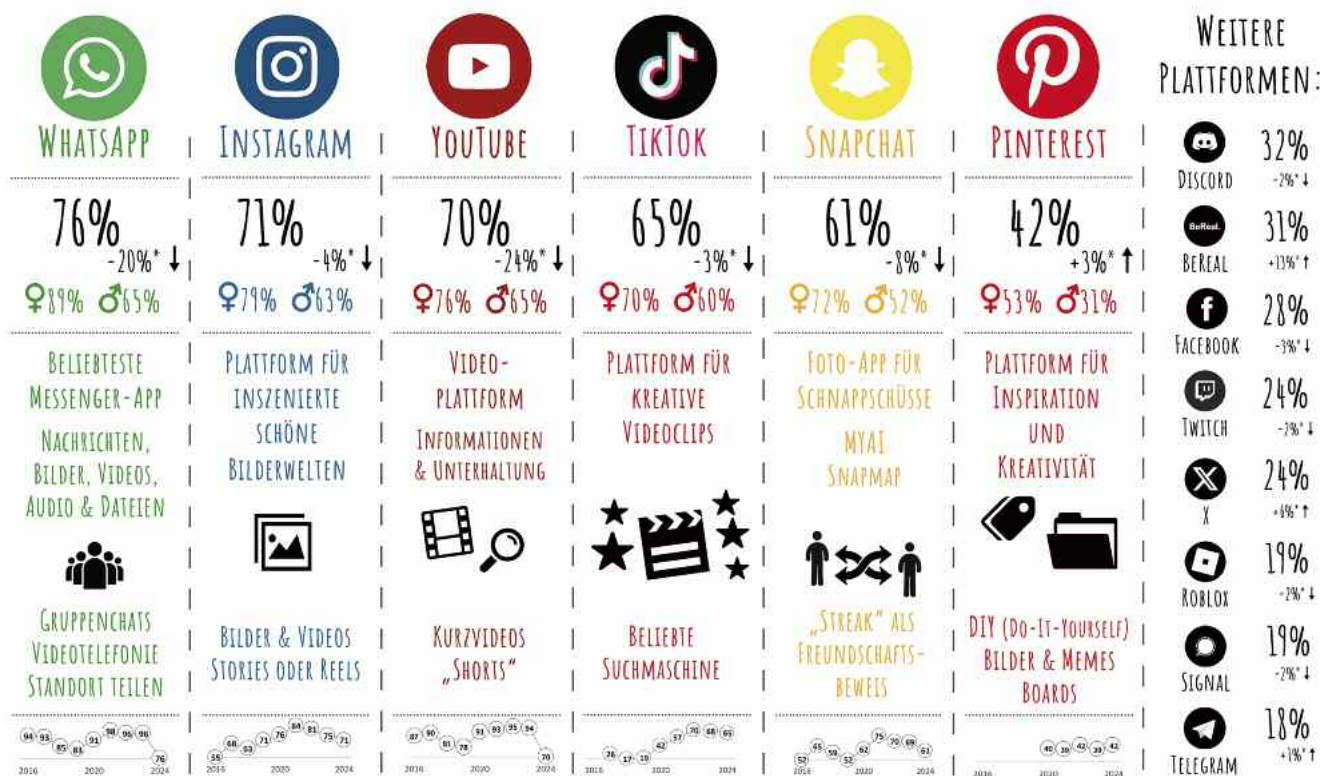
Auf Platz vier des diesjährigen Jugend-Internet-Monitors landet *TikTok*: Die Video-App (Nutzung insgesamt: 65 %, davon 72 % täglich) überholte die Foto-Sharing-App *Snapchat* (61 %, davon 72 % täglich) erstmals. Die beiden Netzwerke liegen jedoch weiterhin nah beieinander. *Snapchat* hat dabei im Jahresvergleich mit minus acht Prozentpunkten den drittstärksten Verlust zu verzeichnen.

Weiterhin unter den top sechs Plattformen ist die digitale Pinnwand *Pinterest* mit einer Nutzung von insgesamt 42 Prozent. *BeReal* konnte auch dieses Jahr zulegen und landet mit dem größten Zuwachs von plus 13 Prozentpunkten auf Platz acht (Nutzung insgesamt: 31 %). Zulegen konnte auch *X* (vormals *Twitter*) mit plus sechs Prozentpunkten (Nutzung insgesamt: 24 %). Wieder zurück in den top 14 ist dieses Jahr *Telegram* mit einer Nutzung von insgesamt 18 Prozent.

Weiterhin große geschlechterspezifische Unterschiede bei der Social-Media-Nutzung. Wie der Jugend-Internet-Monitor 2024 zeigt, gibt es weiterhin in vielen Bereichen große Nutzungsunterschiede zwischen den Geschlechtern. Mit 89 Prozent ist *WhatsApp* erstmals bei der weiblichen Zielgruppe deutlich beliebter als bei männlichen Jugendlichen (65 %). Auch die Plattformen *Pinterest* (Mädchen: 53 %, Burschen: 31 %), *Snapchat* (Mädchen: 72 %, Burschen: 52 %), *Instagram* (Mädchen: 79 %, Burschen: 63 %) und *YouTube* (Mädchen: 76 %, Burschen: 65 %) werden vor allem von weiblichen Jugendlichen genutzt.

Gaming-Plattformen. Im Gegensatz dazu werden die Gaming-Plattformen *Discord* (Mädchen: 13 %, Burschen: 48 %) und *Twitch* (Mädchen: 7 %, Burschen: 39 %) weiterhin von wesentlich mehr männlichen Jugendlichen genutzt. Auch *X* (Mädchen: 11 %, Bur-

JUGEND-INTERNET-MONITOR 2024 ÖSTERREICH



*Im Vergleich zum Jugend-Internet-Monitor 2023. Der Jugend-Internet-Monitor ist eine Initiative von Saferinternet.at und präsentiert aktuelle Daten zur Social-Media-Nutzung von Jugendlichen in Österreich. Frage: „Welche der folgenden Internetplattformen nutzt du?“ (Mehrfachantworten möglich) Repräsentative Onlineumfrage im Auftrag von Saferinternet.at, durchgeführt vom Institut für Jugendkulturforschung, 12/2023. n = 400 Jugendliche aus Österreich im Alter von 11 bis 17 Jahren, davon 191 Mädchen. Schwankungsbreite 3-5%. Diese Infografik ist lizenziert unter der CC-Lizenz Namensnennung - Nicht kommerziell (CC BY-NC). Icons designed by Freepik.com & Flaticon.com. Font: Armatic SC Bold © Vernon Adams, lizenziert unter SIL Open Font License, Version 1.1. Die alleinige Verantwortung für diese Veröffentlichung liegt beim Autor. Die Europäische Union haftet nicht für die Verwendung der darin enthaltenen Informationen. Gefördert durch das Bundeskanzleramt.

Bundeskantleramt Co-funded by the European Union

sehen: 35 %) sowie die Messenger-Dienste *Telegram* (Mädchen: 10 %, Burschen: 25 %) und *Signal* (Mädchen: 11 %, Jungs: 26 %) sind bei männlichen Jugendlichen beliebter. Eine Trendänderung lässt sich bei *Roblox* beobachten. Die Online-Spieleplattform wurde zuletzt von beiden Geschlechtern gleichermaßen genutzt, derzeit ist sie bei Burschen (28 %) deutlicher beliebter als bei Mädchen (10 %).

ChatGPT wird von allen Altersgruppen gleich genutzt

Generative Chatbots: ChatGPT wird von Jugendlichen regelmäßig genutzt. Im Rahmen des Jugend-Internet-Monitors wurde die Nutzung von generativen Chatbots abgefragt, konkret von *ChatGPT*.

Dabei zeigte sich, dass 71 Prozent der befragten Jugendlichen dieses Tool

zumindest schon einmal genutzt haben. Das ist vor allem bei männlichen Jugendlichen der Fall (78 %). Auffallend ist, dass es keinen Unterschied zwischen der Altersgruppe der 11- bis 14-Jährigen (70 %) und der 15- bis 17-Jährigen (71 %) gibt. Genutzt wird *ChatGPT* vorrangig direkt auf der Plattform *OpenAI* (81 %), gefolgt vom *Snapchat*-Chatbot *My AI* (28 %). Nur 8 Prozent nutzen

ChatGPT über *Microsofts* Suchmaschine *Bing*. Geschlechterspezifische Unterschiede gibt es vor allem beim Chatbot *My AI*, der hauptsächlich von weiblichen Jugendlichen (41 %, Burschen: 19 %) genutzt wird.

Der Jugend-Internet-Monitor ist eine jährlich durchgeführte Umfrage, die im Auftrag von *Saferinternet.at* durchgeführt wird. Dabei wird erhoben, wie und welche sozialen Netzwerke und Online-Plattformen von Jugendlichen (11 bis 17 Jahre) in Österreich genutzt werden und welche Veränderungen es in der Mediennutzung in dieser Bevölkerungsgruppe gibt.

Detailinformationen zur aktuellen Umfrage und Erhebungsdaten zu weiteren Online- und Social-Media-Platt-

71 Prozent der befragten Jugendlichen

haben ChatGPT zumindest einmal schon genutzt

formen finden sich unter www.jugendinternetmonitor.at.

Umfassende Angebote, Informationen und Tipps zur sicheren und verantwortungsvollen Internetnutzung: www.saferinternet.at

Bild: Saferinternet.at

Betrugsdelikte

Jede zehnte Straftat, die in Österreich angezeigt wird, ist ein Betrugsdelikt. Vor allem im Internet steigt die Zahl der registrierten Betrugshandlungen. Die Polizei legt den Fokus auf sämtliche Betrugsformen.

Die Zahl der Betrugsdelikte steigt – vor allem im Internet –, während viele andere Delikte weniger werden. Wissen und Information sind der Schutz vor den vielen unterschiedlichen Betrugsformen, mit denen Betrüger international ihre Opfer ködern. Deshalb initiierten das Innenministerium, das Bundeskriminalamt und die Landespolizeidirektionen eine „Woche gegen den Betrug“.

Neben diversen Themenschwerpunkten wurden dafür vor allem die sozialen Medien genutzt, um die Bevölkerung einmal mehr aufzuklären und zu warnen. An jedem Tag stand ein spezieller Betrugsmodus im Fokus. Neben diesen Informationen war auch die Mithilfe der Bevölkerung ein zentraler Erfolgsfaktor, denn die Gespräche im Familien- und Bekanntenkreis können viele Straftaten verhindern.

Bevölkerung aufklären. „Internetbetrug kann jeden treffen“, betonte Innenminister Mag. Gerhard Karner bei der Auftaktveranstaltung am 7. August 2023. „Daher ist es so entscheidend und wichtig, dass wir die Bevölkerung aufklären, damit es erst gar nicht zu einem Schaden kommt.“ Die Woche gegen Betrug leiste einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung und zur Prävention.

„Die Lagebilder des Bundeskriminalamts zeigen eine Verlagerung der Straftaten in den digitalen Raum, und das gilt vor allem für Betrugsdelikte“, sagte Mag. Andreas Holzer, Direktor des Bundeskriminalamtes. „Daher haben wir massiv investiert, Know-how

erweitert, Ressourcen ausgebaut und Strukturen neu aufgestellt. Die Ermittlungserfolge zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.“

Katja Tersch, BA MA, Leiterin des Landeskriminalamts Tirol sagte, die finanziellen Schäden für die Opfer seien meist enorm und die psychische Belastung sehr hoch. „Die Opfer sollen sich aber nicht schämen, sondern sich bei der Polizei melden, denn die Täter agieren höchstprofessionell und Betrug ist meist kein Einzeldelikt“, erklärte Tersch.

Betrugshandlungen rund 10 Prozent aller angezeigten Straftaten. 2022 wurden in Österreich 27.600 Betrugsdelikte im Internet angezeigt, fast 50 Prozent der Betrugsdelikte werden über das Internet begangen, über soziale Medien oder Messengerdienste. Damit stellt der Betrug mittlerweile ein Zehntel aller angezeigten Kriminalfälle in Österreich – die Tendenz ist steigend.

Allein 2022 betrug der in Österreich gemeldete finanzielle Schaden knapp 700 Millionen Euro, von einer enormen Dunkelziffer ist auszugehen. Erst kürzlich berichtete das Bundeskriminalamt von einem Fall von Anlagenbetrug. Bei „Juicy Fields“ handelt es sich um ein Unternehmen, das seit Anfang 2020 hohe Renditen durch Investitionen in Anbau und Verkauf von medizinischem Cannabis verspricht. Bisher sind allein in Österreich über 5.000 Opfer bekannt geworden, mit einer Schadenssumme von 19 Millionen Euro in Österreich und mehr als 400 Millionen Euro europaweit.

Die Bekämpfung des Betrugs im Internet stellt eine besondere Herausforderung dar, da die Täter international und oft vom Ausland aus agieren. Entsprechend kompliziert sind die Ermittlungen für die Polizei. Das Innenministerium und das Bundeskriminalamt setzen daher eine Vielzahl an Maßnahmen gegen Betrug. Bei der „Woche gegen Betrug“ wurde ein Fokus auf der Aufklärung gegen Betrug gelegt.

Die Kriminaldienstreform legt ebenfalls einen Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Internetkriminalität. Beispielsweise wird in lokalen Dienststellen eine „Cyber-Cobra“ verankert. Auch die Abteilung Internetkriminalität im Bundeskriminalamt wird ausgebaut, um die Polizistinnen und Polizisten in den Dienststellen zu unterstützen. Bis Jahresende 2023 wird die Kriminaldienstreform abgeschlossen und die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im *Cybercrime-Competence-Center (C4)* von 90 auf 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt werden.

Ausbildung. Das Innenministerium investiert auch in die Ausbildung, um gegen Internetkriminalität und Internetbetrug vorzugehen. So arbeitet das Bundeskriminalamt mit den Handelsakademien in Horn und Tamsweg zusammen, die den Schulschwerpunkt auf Internet-Sicherheit legen. In der Polizeigrundausbildung gibt es neue Module zur Bekämpfung der Internetkriminalität. Außerdem wird die Fortbildung der Kriminalbeamtinnen und -beamten weiterentwickelt und modernisiert.

Direkter Kontakt ist die beste Werbung

Der Konsumentenforscher Georg Felser empfiehlt der Polizei, Zeit und Geld in die Ausbildung ihrer Polizistinnen und Polizisten zu investieren, um Kontakte mit der Bevölkerung optimal zu gestalten.

POLIZEI: Häufig spricht man im Zusammenhang mit der Polizei von einer „Marke“ im marketingwissenschaftlichen Sinne. Wie sehen Sie das: Ist die Polizei eine „Marke“?

Georg Felser: Das Thema Marke ist ganz grundsätzlich eines, mit dem ich ein bisschen fremdle. Ich sehe auch die Polizei tendenziell eher nicht als Marke. Die Polizei ist eine Institution. Sie ist Exekutive und man muss ihr Folge leisten. Die Polizei trägt Elemente in sich, die man typischerweise nicht mit Marken verbindet. Aber ich habe viel Sympathie mit der Idee, die Polizei als Marke zu verstehen und zu schauen, wie weit man mit diesem Ansatz kommt.

Warum sehen Sie das Thema Marke generell distanziert?

Felser: Ich bin froh, dass sich andere damit beschäftigen und wir einander ergänzen – distanziert im eigentlichen Sinne oder skeptisch sehe ich es nicht. Ich habe nur ein Problem damit, das Thema so wahnsinnig wichtig zu nehmen. Man muss genauer hineinschauen in

die Forschungen des Neuromarketings zum Beispiel. Sie sagen ja zum Beispiel aus, dass Marken im Gehirn des Menschen hochgradig belohnend seien. Wenn man da aber genauer hineinliest in diese Studien, erfährt man, dass die Forschenden markeninteressierte Personen ausgewählt haben. Den Beloh-

nungswert haben die Marken also offenbar vor allem für die Fans, keineswegs für alle.

Dass Marken generell so stark auf Menschen wirken, das glaube ich also nicht. Natürlich ersparen Marken, die mit besonderen Assoziationen verbunden sind, ihren Verantwortlichen einen erheblichen Kommunikationsaufwand, weil ein Wort, wie „VW“ oder „Sony“ vieles mittransportiert. Dass aber der Unterschied zwischen den jeweiligen Nummer-eins-Marken und den übrigen Marken in einem Segment so groß sein soll, dass sie im Denken der Menschen überhaupt keinen Platz hätten, das glaube ich nicht. Wie sonst sollte man sich erklären, dass diese anderen Marken trotzdem gekauft werden? Mir ist der Hype um das Thema Marken ein bisschen zu viel.

Die Polizei ist zur Personalwerbung sehr aktiv in ihrer Kommunikation, etwa in den sozialen Medien und auch in klassischen Medien. Worauf kommt es da Ihrer Ansicht nach besonders an?

Felser: Als Arbeitgebermarke gibt

ZUR PERSON Prof. Dr. Georg Felser

Georg Felser ist Professor für Wirtschaftspsychologie an der Hochschule Harz in Wernigerode. Er lehrte unter anderem Werbe- und Konsumentenpsychologie an der Fachhochschule für Graphik und Design in Trier, der Frankfurt School of Finance and Management oder den Universitäten in Trier, Linz, Halle (Saale) und Hohenheim. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Markt- und Konsumentenpsychologie, allgemeine Psychologie und Persönlichkeitspsychologie.

es viel Potenzial für die Polizei. Die direkten Kontakte mit den Menschen, die Begegnungen, sind für die Polizei aber noch viel prägender und wichtiger als für andere Organisationen oder Unternehmen und wichtiger als die Massenkommunikation über Medien. Natürlich spielt es genauso für eine Automarke eine Rolle, wie Kundenkontakte ablaufen. Aber bei der Polizei sind sie um ein Vielfaches wichtiger. Wenn Sie mich fragen: Ich bin ein reger Krimikonsument und mein Bild von der Polizei speist sich auch dadurch. Ich hatte aber auch direkten Kontakt mit Polizisten, natürlich im Straßenverkehr, und ich habe auch schon einmal eine Anzeige erstattet. Und wenn ich an die Polizei denke, kommt immer das als Erstes, was ich direkt erlebt habe.

Heißt das, es wäre für die Polizei wichtig, Zeit und Geld in die Ausbildung zu investieren, damit Kontakte mit der Bevölkerung optimal verlaufen?

Felser: Das würde ich so sehen.

Vertrauen ist für eine demokratische Polizei besonders wichtig, weil sie die Bevölkerung oft benötigt, etwa zur Mithilfe bei Fahndungen. Was kann die Polizei unternehmen, um Vertrauen der Menschen zu gewinnen?

Felser: Desaströs wäre es, wenn die Polizei den Eindruck erweckte, sie sei parteiisch. Da muss sie aufpassen. Grundsätzlich ist immer das „Menschliche“ besonders vertrauensbildend. Das gelingt bei der Polizei, wenn sie zum Beispiel mit Augenmaß auftritt. Sie ist eine Autorität und in der Lage, etwas durchzusetzen. Wenn sie das mit einer menschlichen Note betreibt, nicht blind für die Umstände eins zu eins die Buchstaben des Gesetzes umsetzt, dann punktet sie. Sie sollte immer wieder Signale setzen, dass man es bei der Polizei mit ganz normalen Menschen zu tun hat.

Auch Transparenz ist ein wichtiger Punkt – also, den Menschen zu erklären, nach welchen Regeln die Poli-



Georg Felser: „Natürlich spielt es genauso für eine Automarke eine Rolle, wie Kundenkontakte ablaufen. Aber bei der Polizei sind sie um ein Vielfaches wichtiger.“

zei vorgeht. In manchen Kontexten fühlen sich nämlich die Menschen schnell mal ausgeliefert. Das lässt sich ein Stück weit abfangen.

Die Personalsuche gestaltet sich momentan sehr schwierig. Was kann spezi-

Dienst antreten im Vorhinein schon wissen. In der Personalpsychologie nennt man das „realistische Tätigkeitsvorausschau“ Leute sollen sich eine korrekte Vorstellung davon machen, was sie erwartet, wenn sie einen Job annehmen.

Desaströs wäre es, wenn die Polizei den Eindruck erweckte, sie sei parteiisch

ell die Polizei unternehmen, um erfolgreich zu sein, das heißt, ausreichend viele und die richtigen Leute als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen?

Felser: Man muss auf jeden Fall in der Personalwerbung aufpassen, dass nicht zu hohe Erwartungen geschürt werden. In Krimis ist der Dienst ja immer aufregend und spannend. Die Realität sieht sicher anders aus, und das sollte jede und jeder, die den

Man kann gerne anknüpfen an das, was man so landläufig vom Polizeidienst erwartet, etwa dass man als Polizistin oder Polizist auf der richtigen Seite steht, dass es ein Dienst an der Gesellschaft ist. Das ist ja auch nicht falsch, wenn man den Dienst in dieser Weise aufwertet. Andererseits ist es aber wichtig, dass die Tätigkeit realistisch dargestellt wird, damit die Fallhöhe nicht so groß ist, wenn der Job

anders ist, als man ihn sich vorgestellt hat.

Ich muss dazusagen, dass das Spiel um Personal immer auch eine Frage der Alternativen ist. Durch das Fehlen von Fachkräften haben Sie heute als junger Mensch viele Alternativen. Insofern sollte man als Arbeitgeber auch drauf schauen, wohin die Leute abwandern, wenn sie den Job wechseln.

In den 2010er-Jahren ist die Psychologie in eine „Replikationskrise“) geraten. Es gibt Forschende, die diese Krise als Chance zur Selbstreinigung, zu einer „Renaissance“ sehen, andere meinen, die Psychologie müsse sich neu erfinden. Wie sehen Sie das?*

Felser: Ich fände es übertrieben, wenn man jetzt sagte, die Psychologie müsse neu erfunden werden.

Wie war es überhaupt möglich, dass renommierte Forscher Datenfälschung betrieben haben?

Felser: Dass hie und da mal Daten aufgehübscht worden sind, das war schon vor Diederick Stapel immer wieder ein Thema. In der Society for Social and Personal Psychology hat man da und dort mitbekommen, dass Artikel aus Wissenschaftsjournalen zurückgezogen worden sind. Das hat sich in Bezug auf die Forschenden teils wie Hinrichtungen gelesen. Forscher mussten schwerste Sanktionen über sich ergehen lassen. Teils hat sie das akademisch



Georg Felser: „Ich fände es übertrieben, wenn man jetzt sagte, die Psychologie müsse komplett neu erfunden werden.“

Impact-Faktoren, die für die Karriere ausschlaggebend sind. Da geht es darum, in bedeutenden Wissenschaftsjournalen unterzukommen – und das ist mit attraktiven Forschungsprojekten leichter möglich, wie Diederick Stapel sie gemacht hat. Dann war es bei ihm so, dass er parallel an verschiedenen Universitäten tätig war. Dadurch konnte er immer behaupten, er hätte die Daten an

Der Übergang vom Erlaubten zu Kriminellem ist fließend

keit ab und von bestimmten Werthaltungen. Es waren auf jeden Fall Einzelfälle. Aber sie haben etwas losgetreten.

Wo liegt Ihrer Meinung nach die Grenze zwischen unlauterer, nicht ganz sauberer Wissenschaft und kriminellem Handeln?

Felser: Der Übergang ist sehr fließend – vor allem bei Praktiken, die man gar nicht von vornherein verdammen kann, weil man sie in der Forschung braucht. Die Grenze zu ziehen, fällt mir schwer – die Grauzone zu benennen, nicht so sehr. Das, was man zum Beispiel unter „p-Hacking“ versteht, wird in dem Moment falsch, in dem man es genau zu dem Zweck macht, um seine Ergebnisse aufzufrisieren. Von p-Hacking spricht man, wenn jemand zum Beispiel die Daten einzelner Versuchspersonen aus seinem Daten-Pool entfernt, um mit den verbleibenden Daten ein signifikantes Resultat zu erhalten. Das Entfernen von Daten ist in Ordnung, solange man das macht, um zum Beispiel Probanden zu identifizieren, die sich nur durch einen Fragebogen durchgeklickt haben, ohne die Fragen zu lesen.

Diese Leute sollte man natürlich aus dem Datensatz entfernen. Nur sollte man das tun, noch bevor man die Ergebnisse kennt. Grenzwertig ist, wenn man nach solchen Fällen erst dann zu suchen beginnt, wenn die Daten nicht zu den Hypothesen passen und man nun herausfinden will, ob das an solchen verzerrenden Einflüssen liegt. Und sobald man den Datensatz nur in der Absicht bereinigt, ein signifikantes Ergebnis zu bekommen, gehört das nicht in die Wissenschaft.

Häufig wird heute von Wissenschaftsskepsis gesprochen. Sind die Diskussionen um die Wissenschaftsskepsis übertrieben?

Felser: Wie es um die Wissenschaftsskepsis bestellt ist, haben wir in

So etwas hat seine Ursache immer in einer Mischung aus Persönlichkeit und Situation

vernichtet. Das war dann schon immer ein befremdendes Gefühl.

Diederick Stapel war insofern 2011 ein Auslöser, als er als Shootingstar gegolten hat. Vielleicht haben seine Fälschungsaktivitäten auch besondere Dimensionen gehabt. Klar ist: So etwas hat seine Ursache immer in einer Mischung aus Persönlichkeit und Situation. Man ist als Forscherin oder Forscher in einem ganz bestimmten System, wo Belohnungen verteilt werden,

der jeweils anderen Universität erhoben. Auf diese Weise verschleierte er die Dinge. Daneben war es auch hier eine Sache von Machtstrukturen. Ein Forscher wird ab einem gewissen Level nicht mehr hinterfragt. Es war und ist teilweise immer noch eine strukturelle Angelegenheit.

Man muss aber dazusagen: Auch wenn Strukturen das Fälschen begünstigen – es tun trotzdem nicht alle. Es hängt schon sehr von der Persönlich-

der Corona-Krise gesehen. Andererseits hat gerade sie sehr vielen Menschen gezeigt, wie wichtig Wissenschaft ist – zum Beispiel bei der Impfstoffentwicklung. Das ging doch nur durch eine gut funktionierende Wissenschaft.

Es gab freilich auch Leute, die es nicht okay fanden, wenn die Wissenschaft nicht immer einer Meinung war. Aber die Wissenschaft lebt genau davon, dass man nicht immer einer Meinung ist.

Das ist normal und gesund. So gesehen, war es eine Lektion, und ich habe die stille Hoffnung, dass doch einige

davon gelernt haben, wie Wissenschaft funktioniert.

Hat die Replikationskrise einen Anteil an den Ursachen für die Wissenschaftsskepsis in unserer Gesellschaft?

Felser: Ich bin nicht sicher, ob das, was in der Replikationskrise passiert ist, die Gruppe der Wissenschaftsskeptischen erreicht hat. Die wenigsten Leute, die ich treffe, wissen, dass es so etwas gab. Der Vorteil ist: Man kann die Replikationskrise jetzt in einem Atemzug mit den Maßnahmen erklären, die die Psychologie ergriffen

hat. Die Psychologie ist da weit vorne. Andere Wissenschaften haben ihre Forschungspraxis nicht so radikal angepasst wie die Psychologie. Aber ich sehe natürlich das Wasser auf die Mühlen der Wissenschaftsskeptiker.

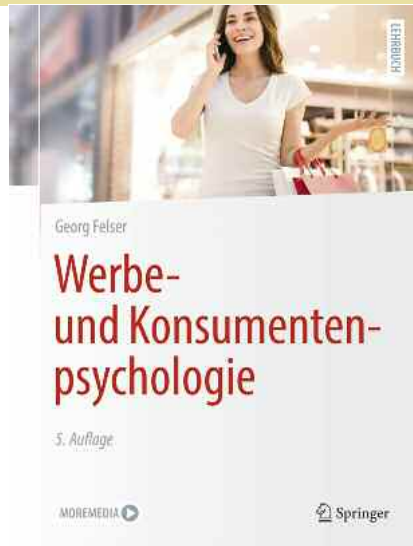
**) 2011 wurde dem renommierten Wissenschaftler Diederick Stapel nachgewiesen, dass er Studienergebnisse mit erfundenen Daten gefälscht hatte. Daraufhin schlossen sich Forscher zusammen und wiederholten weit über 100 Studien, die außergewöhnliche Ergebnisse erbracht hatten. Nur etwas mehr als ein Drittel ließ sich „replizieren“.*

WERBE- UND KONSUMENTENPSYCHOLOGIE

Das Standardwerk von Georg Felser in seiner fünften Auflage

Es klang bestechend: Versuchspersonen, die in Experimenten mit Wörtern wie „alt“, „gebrechlich“ oder „müde“ konfrontiert worden waren, bewegten sich anschließend langsamer und behäbiger als Probandinnen und Probanden, die mit Wörtern konfrontiert worden waren wie „jung“, „flott“ oder „agil“. Wer Wörter wie „höflich“ oder „freundlich“ zu lesen bekommen hatte, war anschließend auch selber höflicher als die Mitglieder einer Versuchsgruppe, die sich mit „ruppigen“ Wörtern auseinandersetzen gehabt hatten. John Bargh wurde für seine Forschungsarbeiten zum „affektiven Priming“ an der New York University in den 1990er-Jahren berühmt. Als eine Forschungsgruppe in den 2010er-Jahren unter anderem Barghs Ergebnisse zu wiederholen versuchte, war sie nicht sehr erfolgreich. Das „affektive Priming“ wurde nicht ganz vom Tisch gewischt, kritisch wird es heute sehr wohl gesehen.

Wenn Georg Felser sein Standardwerk „Werbe- und Konsumentenpsychologie“ neu auflegt, hatte das bisher stets einen triftigen Grund. Als 2007 die dritte Auflage auf den Markt kam, hatte er sich mit den damals neuen Ergebnissen der Neurowissenschaften in der Konsumentenforschung auseinandergesetzt – und sie kritischer betrachtet als viele andere



Georg Felser: „Werbe- und Konsumentenpsychologie“, 5. Auflage, Springer Verlag, Wiesbaden, 2023, www.springer.com

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Heute geben ihm die meisten seiner Kolleginnen und Kollegen recht. In die vierte Auflage 2015 hatte Felser 600 neue Studien aufgenommen.

Die „Replikationskrise“. In der jetzt erschienen fünften Auflage hat er sein Buch nicht nur durch die zwischenzeitlich erschienene Forschung ergänzt, sondern die „Replikationskrise“ (s. Interview) der 2010er-Jahre berücksichtigt. Ergebnisse, die mittlerweile aus Wissen-

schaftsjournalen zurückgezogen worden sind, hat er für die neue Auflage entfernt. Ergebnisse, die sich bei Wiederholung der Experimente nicht wieder erzielen haben lassen, spricht Georg Felser in seinem Buch an. Wenn sich auch zum Beispiel das „affektive Priming“ nicht in jedem Fall neuerlich zeigt, ist es aber nicht plötzlich irrelevant. Nicht immer gelang es, die Forschungsdesigns so auszurichten, dass die Ergebnisse eins zu eins mit den Vorbildern vergleichbar waren. „Aber man muss es ansprechen, wenn man über die ursprünglichen Ergebnisse schreibt“, betont Felser.

„Werbe- und Konsumentenpsychologie“ ist 1997 zum ersten Mal erschienen und umfasst mittlerweile mehr als 700 Seiten. Georg Felser beschreibt darin unter anderem, wie Konsumentinnen und Konsumenten wahrnehmen, wie sie denken, fühlen, entscheiden und handeln. Das Buch geht vom Allgemeinen zum Speziellen. Es handelt von den Wirkprinzipien menschlicher Wahrnehmung, impliziten, expliziten Formen des Gedächtnisses, Emotionen bis hin zu Werbewirkungsmessungen und Marktforschung. Es spricht auch Leserinnen und Leser an, die sich allgemein mit menschlichen Entscheidungen auseinandersetzen.

FACHBUCH

DATEN IM PROZESS



Es gibt heute kein Ermittlungsverfahren mehr, in dem Daten keine Rolle spielen würden.

Fast in jedem Strafverfahren werden Smartphones und Computer sichergestellt und deren Auswertungen ins Treffen geführt.

Das Buch basiert auf der rechtswissenschaftlichen Arbeit von Jonas Diviak für seine Dissertation als Universitätsassistent am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Wien.

Diviak beleuchtet das Thema „Datenschutz und Strafprozess“ aus drei Perspektiven, erstens des grundrechtlichen Datenschutzes, wobei es um Geheimhaltung, Löschung und Richtigstellung personenbezogener Daten geht; zweitens aus der Perspektive des strafprozessualen Rechtsinstituts, unter anderem in Bezug auf Institute wie Akteneinsicht, Beweisverwendungs- und Veröffentlichungsverbote; und drittens aus der Perspektive datenschutzrechtlicher Ansätze, wie Vorgaben zur Datensicherheit oder zu Informationspflichten.

Jonas Diviak: Datenschutz und Strafprozess – der Schutz personenbezogener Daten insbesondere bei der Weiterverarbeitung im Ermittlungsverfahren; Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 2024, www.manz.at

Foto: Friedrich-Alexander-Universität, Universitätsklinikum Erlangen



Patrick Krauß: KI & Hirn

SACHBUCH

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ MIT HIRN?

Ist das Gehirn aufgebaut wie ein Computer? Viele sagen, ja – so, als ob das Gehirn ein Nachbau von Chips und Prozessoren sein könnte. Doch es ist bestenfalls umgekehrt. Patrick Krauß geht in seinem Buch den Fragen nach, ob oder wie es gelingt, Computern beizubringen zu funktionieren wie das menschliche Gehirn und wie Computer die Arbeit der Neuronen simulieren und in der Qualität übertreffen können.

Die Gehirnforschung und die Wissenschaft der künstlichen Intelligenz sind unterschiedliche Disziplinen, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. Doch die Gehirnforschung benötigt künstliche Intelligenz, um die Arbeitsweise des Gehirns zu ergründen. Umgekehrt trägt das Wort „künstliche Intelligenz“ schon die Absicht in sich, menschliche Intelligenz nachzuahmen. Nach Patrick Krauß sind Gehirnforschung und künstliche Intelligenz zwei Seiten einer Medaille. Dementsprechend hat er beide Wissenschaftsdisziplinen in seinem Buch unter ein Dach gestellt.

Im ersten Teil seines Buches erläutert Krauß, Ergebnisse der Gehirnforschung. Er erklärt die Bausteine des Nervensystems, den Aufbau des Gehirns, seine Organisation, welche Methoden in der Gehirnforschung verwendet werden, wie das Gehirn Gedächtnis, Sprache und Verhalten produziert. Im zweiten Teil definiert er sein Verständnis von künstlicher Intelligenz, wie Computer menschliches Lernen nachstellen und wie mit dem Wissen über die Funktionsweise des Gehirns künstliche Intelligenz erzeugt wird. Er geht auf jüngste Entwicklungen der „generativen künstlichen Intelligenz“ ein, jener Art künstlicher Intelligenz, der eine Form der Kreativität gelingt. Im dritten Teil des Buches geht Krauß auf Herausforderungen der beiden Disziplinen ein. Im vierten Teil führt er die beiden Wissenschaften zusammen.

Patrick Krauß: Künstliche Intelligenz und Hirnforschung – Neuronale Netze, Deep Learning und die Zukunft der Kognition; Springer-Verlag, Berlin, 2023, www.springer.com

FACHBUCH

DETEKTIVISCH



In den 1970er-Jahren verstanden sich Berufsdektive in Österreich als „verlängerter Arm“ der Rechtsanwälte – ähnlich, wie das auf die Kriminalpolizei für die Staatsanwaltschaft gesehen werden konnte.

Heute wollen sie keineswegs als „Hilfsorgane“ einer anderen Berufsgruppe betrachtet werden. Sie verweisen auf praktisches Wissen, Kompetenz zu kriminaltaktischer Problemlösung und Kenntnis der Rechtsmaterie. Sie bewegen sich im Spannungsfeld zwischen den Interessen ihrer Klientinnen und Klienten und dem rechtlichen Rahmen.

Das Buch verfügt über einen Teil zu rechtlichen Grundlagen der Detektivarbeit, etwa Observationswesen oder Beweisarbeit, sowie berufsdektive Tätigkeitsfelder. In einem weiteren Teil beschäftigen sich die Autorin und der Autor mit der staatlichen Befähigungsprüfung und bringen Licht ins Dickicht des Formularwesens.

Peter Pokorny, Viktoria Haidinger: Das Recht der österreichischen Berufsdektive – samt Vorbereitung auf die staatliche Befähigungsprüfung, 2. Auflage, Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 2019, www.manz.at

STILBLÜTEN

„Weiterer Fuß in Wien gefunden: Verbrechen nicht ausgeschlossen“

Kurier-Blaulicht-NL

„Daher plant die Ministerin nun eine strafgesetzliche Änderung, wonach eine Person sich bereits dann strafbar macht, wenn sie sich um ein politisches Amt bemüht.“

orf.at

„Zu wenig Ärzte im Knast“

Stuttgarter Zeitung

„Toter kam nicht zum Prozess“

AZ

„Gericht hofft auf Deal mit Rauschgiftbande“

Cellesche Zeitung

„Hätte der Mann wegen Raubes nicht zufällig in Haft gesessen, wäre er in dieser Zeit auf freiem Fuß gewesen.“

Kieler Nachrichten

„Es seien schon genug Scherben zerbrochen worden.“

orf.at

SCHLUSSLICHT



In Wien wurden ab 1971 Politessen aufgenommen

DIE ERSTEN POLITESSEN IN WIEN

Um die Sicherheitswachebeamten in den Städten von der Parkraumüberwachung zu entlasten, wurden in den Bundespolizeidirektionen ab 1971 Frauen zur Überwachung des ruhenden Verkehrs eingestellt. Bewerben konnten sich Österreicherinnen im Alter von 18 bis 25 Jahren, die mindestens 163 Zentimeter groß waren und die Hauptschule absolviert hatten. Die ersten 34 „weiblichen Straßenaufsichtsorgane“ (VB/S OStA), wie sie offiziell hießen, wurden am 15. September 1971 bei der Wiener Polizei aufgenommen und ab Dezember 1971 in sechs Wiener Bezirken eingesetzt. Die Ausbildung dauerte drei Monate und umfasste hauptsächlich verkehrspolizeiliche Materien, Grundzüge der Bundesverfassung sowie etwas Strafrecht und Sport. Schon damals war geplant, geeignete Politessen später in den Verwaltungs- oder Kriminaldienst zu übernehmen. Anfang der 1980er-Jahre gab es bei der Wiener Polizei etwa 200 Politessen. Ab Dezember 1990 hatten sie die Möglichkeit, eine einjährige Ergänzungsausbildung für den regulären Polizeidienst zu absolvieren.

W. S.

ZITATE

„Denn das Recht ist nichts anderes als die in der staatlichen Gemeinschaft herrschende Ordnung, und eben dieses Recht ist es auch, das darüber entscheidet, was gerecht ist.“

Aristoteles, griechischer Gelehrter (384-322 v. Chr.)

„Das Institut der Polizei ... bleibe streng innerhalb der ihm von der Natur des Staatslebens angewiesenen Marken ... es werde ein Institut, das im eigenen Interesse um die schärfste Abgrenzung seines Wirkungskreises anhält, aber auch den Mut genug in sich trägt, an dieser Grenze festzuhalten und lieber sich zu opfern, als einen Schritt breit von ihr zu weichen.“

Anton Ritter von Le Monnier, Polizeipräsident in Wien von 1870 bis 1873

„Wer einen Stein verrückt am Bau des Rechtes, wirft das Haus zusammen.“

Franz Joseph von Egleus

„Die Gerechtigkeit ist das Recht des Schwächeren.“

Joseph Joubet, französischer Moralist und Essayist

IMPRESSUM Herausgeber: Landespolizeidirektion Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9, vertreten durch Dr. Gerhard Pürstl, Mag. Franz Eigner, Dr. Michael Lepuschitz, MA. **Herausgebervertreter:** Mag. Rudolf Haas, BA, Wolfgang Krammer, MA, Werner Matjazic, MA, Stefan Muzik, BA, Mag. Manfred Reinthaler, MA, Mag. Klaus Schachner, MA, Dr. Thomas Schindler, Harald Trottmann, BA MA, Xenia Zauner, MA. **Chefredakteur:** Dr. Gerhard Brenner. **Redaktionsanschrift:** 1010 Wien, Schottenring 7-9, Tel. (01) 31 310-76002, polizei.redaktion@aon.at. **Redaktion:** Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Mag. Michaela Jana Löff, Maria Rennhofer-Elbe, BA, Werner Sabitzer, MSc, Mag. Rosemarie Pexa. **Weitere Autoren:** Seelsorger Walter Kirchmayer, Dr. Angelika Schäffer-Fischill; **Bilder:** Gilbert Brandl, Thomas Cerny, Bernhard Elbe, Dietmar Gerhartl-Siuzinger, Prof. Ferdinand Germadnik, Werner Sabitzer, Holger R. Weimann. **Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:** Wilhelm Bzoch GmbH., Wiesackstraße 40, 8962 Gröbming, Tel. 02246 4634, 0660/213 14 85, E-Mail: prepress@dieverleger.at. **Anzeigenleitung:** Johann Köchelhuber, Tel. (0664) 462 71 34. **Herstellungsort und Verlagspostamt:** Gröbming. **Grundlegende Richtung:** Informationsmedium für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Wien und die am Thema Sicherheit interessierten Bürger. Kommentare und namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Um einen ungestörten Lesefluss zu erhalten, wird grundsätzlich die männliche Form verwendet und damit auch weibliche Bedeutungen mit umfasst. Der Nachdruck von Inseraten ist nicht gestattet; der vollständige oder teilweise Nachdruck von redaktionellen Beiträgen nur mit Zustimmung der Redaktion.